



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

XXV. Russisch-englische Niederlage im Annexionsstreit.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

XXV

Russisch-englische Niederlage im
* Annexionsstreit *

* XXV. Russisch-englische Niederlage im Annexionsstreit *

Sturm aus London gegen Österreich-Ungarn	245
Iswolstij in Paris und London	247
Serbien. Die Türkei. Bulgarien. Italien	250
Nehrenthals feste Haltung	256
Bülow. Iswolstij. Clemenceau	259
Kriegsgefahr	264
Sieg des Wiener Kabinetts	270
Die Beziehungen der Großmächte 1909	273
Ergebnisse	278

Sturm aus London gegen Österreich-Ungarn

Es war vorauszusehen, daß sich gegen die Annexion Widerspruch erheben werde; überraschend aber war die Welle des Zornes und der Bitterkeit, die dem Wiener Kabinett aus England entgegenschlug. Jenseits des Kanals fielen harte Worte über die Vermessenheit des Wiener Kabinettes, sich über einen Vertrag und zugleich über den Machtwillen Großbritanniens hinwegzusetzen; aber auch Iswolskij wurde ob seiner Mitschuld schwer getadelt. Das Londoner Kabinett hatte allen Grund, ungehalten zu sein, doch mehr über seinen russischen Freund, als über den ihm fernstehenden österreichischen Minister. Denn die zwei festländischen Kabinette einigten sich über Bosnien, Konstantinopel und Bulgarien, ohne bei England anzufragen, das vor eine fertige Tatsache gestellt wurde. Großbritannien war gerade daran, die Türkei in sein System von Bündnissen und Freundschaften aufzunehmen, da traten die Kaisermächte dazwischen und führten gegen die Pforte gleichzeitig drei Stöße, zwei auf den Außenrand ihrer Herrschaft — Bosnien, Bulgarien —, einen gegen die Meerengen, das Herz des osmanischen Reiches. England als Weltmacht war damit zum Kampfe herausgefordert.

Die öffentliche Meinung jenseits des Kanals brauste aber auch aus einem anderen Grunde auf. Soeben hatten sich der britische und der türkische Liberalismus verbrüdet und die Jungtürken wurden als Freiheitshelden gefeiert. Diese Schwärmerei sollte sich zwar nach wenigen Monaten verflüchtigen, jetzt aber war sie auf ihrem Höhepunkt; wie konnte nur Österreich sich erlauben, die jungtürkische Regierung durch sein Zugreifen zu verletzen und ihre Reformarbeit zu stören? Es wäre zwar logisch gewesen, sich auch über Bulgarien aufzuregen, da es sich gleichfalls über einen Vertrag hinwegsetzte. Die englische Regierung verstand es jedoch, die sittliche Entrüstung von Bulgarien ab- und auf Österreich-Ungarn hinzulenken, und in der äußeren Politik folgt die öffentliche Meinung Großbritanniens fast immer gelehrt den Weisungen des Auswärtigen Amtes. Die Engländer fühlen sich

am wohlsten, wenn ihre moralischen Wallungen auch dem Vorteil ihres Landes, der Größe ihres Weltreiches dienen.

Noch hatte die habsburgische Monarchie nicht für die Sekundantendienste gebüßt, die sie dem Deutschen Reiche auf der Marokkokonferenz und später wieder geleistet hatte, als sie es ablehnte, England in der Frage der Einschränkung der Seerüstungen zu unterstützen. Würde sie jetzt gedemütigt, so widerfuhr ihr dieses Ungemach als der Bundesgenossin Deutschlands. Schon am 7. Oktober hielt Sir Eduard Grey dem Wiener Kabinett im Unterhause eine kräftige Strafpredigt über die Pflicht der Einhaltung von Verträgen. Wohl habe sich, dies gab der Minister zu, an der Lage des gut verwalteten Bosniens in der Sache nichts geändert, aber das von Österreich eingeschlagene Verfahren könne mit Hinblick auf das internationale Recht nicht ruhig hingenommen werden. Auf denselben Ton war die Antwort gestimmt, die Eduard VII. am 10. Oktober dem Kaiser von Österreich auf dessen Brief vom 30. September sandte; der König sprach ganz steif sein Bedauern über den gefaßten Entschluß aus und verwies darauf, daß die Verträge nur geändert werden könnten mit Zustimmung aller beteiligten Staaten. Diese Rache für die in Ischl erfahrene Abweisung wird dem Könige wohlgetan haben.

Die Beziehungen Greys zu der englischen Presse wurden durch seinen Privatsekretär unterhalten, der sich auf sein Geschäft verstand und gegen Österreich-Ungarn alle Windschläuche öffnete. Tag für Tag wurde dem Wiener Kabinett neben seinen alten Sünden auch die neueste vorgehalten; selbst Kaiser Franz Josef erfuhr keine Schonung, wenn er auch eher bedauert als angeklagt wurde. Uehrenthal aber galt als Meister der Arglist, als Träger einer Politik des Raubes, worin er sich Bismarck als Vorbild genommen haben sollte. So bezeichnete der „Daily Graphic“ die Annexion als „ein Beispiel von Brigantentum, für das selbst in den räuberischen Zeiten der europäischen Geschichte nur schwer eine Parallele zu finden wäre“, und ebenso gehässig äußerte sich der „Daily Telegraph“: „Wenn die Herren im Privatleben die Karten in der Manier gemischt hätten, die die Hauptakteure in dieser Intrigue gewählt haben, würden sie aus ihren Klubs ausgeschlossen werden. Die Annexion ist ein tödlicher Schlag gegen die Moral¹⁾.“

¹⁾ Die Zitate nach Th. v. Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns“, II, S. 160.

Iswolskij in Paris und London

Das war die Luftströmung, in die Iswolskij geriet, als er Anfang Oktober in Paris eintraf. Hier fand er den Brief Lehrenthals vom 30. September vor, der ihm den für die Annexion ins Auge gefaßten Zeitpunkt (7. Oktober) bekannt gab. Würde er schon damals gefunden haben, das Wiener Kabinett setze sich damit über die getroffene Abrede hinweg, so hätte er mehrere Tage zum Einspruche Zeit gehabt. Da er es unterließ, ist es klar, daß das Vorgehen Lehrenthals ihm keinen Grund zu einer Beschwerde bot.

Nur über eines durfte er sich mit Recht beschweren. Botschafter Graf Rhevenhüller brachte aus Wien sowohl den Brief an Iswolskij wie das Schreiben des Kaisers an den Präsidenten der französischen Republik mit, welches letzteres er einige Tage später hätte übergeben sollen. Da er aber erfuhr, Präsident Fallières habe einen Jagdausflug vor und kehre erst am 7. Oktober zurück, sprach er schon am 3. Oktober bei ihm vor; so geschah es, daß die französische Regierung von der Sache ungefähr gleichzeitig unterrichtet wurde wie Iswolskij. Auch erging sich Rhevenhüller bei der Audienz etwas redselig über das mit Rußland wie auch mit Bulgarien erzielte Einvernehmen, was Iswolskij um so unangenehmer war, als er beabsichtigt hatte, seine französischen Freunde selbst in die Sache einzuweihen und auf seine Seite zu bringen¹⁾.

So fand der russische Minister in Paris eine unfreundliche Aufnahme. Man war hier mit Recht ungehalten, daß er sich mit den Mächten des Dreibundes verständigt hatte und Frankreich erst nachträglich heranzog. Solch einen Bundesgenossen, das sagte ihm Clemenceau auf den Kopf zu, könne die französische Regierung nicht brauchen. Jetzt erst erkannte Iswolskij, daß er sich etwas Schlimmes

¹⁾ Rhevenhüllers Verhalten wurde von Lehrenthal gerügt und Berchtold erhielt den Auftrag, in Petersburg zu erklären, der Minister bedauere das „impetuoſe Vorgehen“ des Botschafters in Paris. Nach Iswolskij's Angabe, deren Glaubwürdigkeit dahingestellt bleiben mag, hätte er den Brief Lehrenthals vom 30. September erst einen Tag nach der Audienz Rhevenhüllers bei Fallières erhalten. So berichtete Berchtold nach Wien am 30. Oktober 1908. Andererseits sagte Iswolskij im Gespräch mit diesem, er wolle zugeben, daß seine verspätete Benachrichtigung „vornehmlich einer Verkettung unglücklicher Zufälligkeiten zuzuschreiben sei“.

eingebrocht hatte. Er verließ, von dem bitteren Spott Clemenceaus verfolgt, die französische Hauptstadt und versuchte sein Glück in London. Hier wurde er von König Eduard und Grey erst recht in die Lehre genommen. Es verletzten Eduard VII. und Clemenceau, daß Iswolskij zu Karlsbad und Marienbad mit ihnen getafelt und beraten hatte, ohne über seine Verhandlung mit dem Wiener Kabinett ein Wort fallen zu lassen. Wie konnte man ihm bei solcher Hinterhältigkeit trauen? Nein, so hatte sich England den Dreiverband nicht gedacht. Es war nur recht und billig, daß die französische und die englische Regierung nichts von seinen Dardanellenplänen hören wollten; sie weigerten sich, auf die Pforte einen Druck auszuüben; das wäre, so bekam er zu hören, ein Unrecht gegen die liberal gewordene Türkei. Damit verflogen die Träume Iswolskij's. Die Buchlauer Abrede, wie die Verhandlung mit Tittoni, hatten zum Ergebnisse bloß die Annexion Bosniens, während Rußland leer ausging. Uehrenthal hatte, während Iswolskij in den diplomatischen Gewässern kreuzte, sein Schiff in den Hafen gebracht. In seiner Verlegenheit beteuerte der russische Minister schon in Paris, er wäre von der Annexion überrascht, in Buchlau sei darüber nur unverbindlich gesprochen worden. Als Beweis führte er an, daß auch Uehrenthal in Buchlau zugestanden hatte, die beabsichtigten Änderungen an den Verträgen könnten nur durch den Beschluß einer europäischen Konferenz Rechtskraft erhalten.

Das falsche Spiel des russischen Ministers begann am 6. Oktober während seines Aufenthaltes in Paris. Als nämlich Uehrenthal in Petersburg mitteilen ließ, er gedenke in einer vertraulichen Sitzung der Delegationen bekanntzugeben, daß die russische Regierung zugesagt habe, der Annexion gegenüber „eine freundschaftliche Haltung“ einzunehmen, fuhr Iswolskij mit einem Telegramm an das Ministerium des Außeren in Petersburg gereizt dazwischen. Jene österreichische Darstellung werde zwar auch vom Botschafter Rhevenhüller in Paris verbreitet, sei aber falsch, wovon er bereits die französische Regierung verständigt habe. Dann fuhr er fort, „er habe dem Baron Uehrenthal in Buchlau erklärt, daß er die Annexion als eine Verletzung des Berliner Vertrages und es als Notwendigkeit betrachten müsse, sie zu einem Gegenstand der Beratung der Mächte zu machen“. Hier war Falsches und Wahres miteinander vermengt, weshalb Berchtold, dem der Ministergehilfe Tscharykow das Telegramm Iswolskij's vorwies, sofort Einspruch erhob. Zu Buchlau habe ihm der russische Minister

persönlich einen Bericht über seine Unterredung mit Aehrenthal gegeben und ihm mitgeteilt, über die Balkanangelegenheiten sei das Einvernehmen erzielt worden. Am Tage nach diesem seinem Gespräch mit Tscharykow suchte Berchtold den Ministergehilfen wieder auf und machte ihm ernste Vorstellungen, worüber er nach Wien meldete: „Nach der mir zur Einsicht gegebenen telegraphischen Darstellung des Ministers (Iswolskij) müßte man glauben, daß die Annexion ohne seine Zustimmung erfolgt sei. Es würde dadurch der ganze Afford, der in Buchlau so glücklich zusammengeschweißt worden war, auf den Kopf gestellt. Ich hätte, sowohl Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn, als auch meinem Minister von dem Resümee Herrn Iswolskij Kenntnis gegeben. Diese Angaben erscheinen nunmehr durch die neueste Stellungnahme des Ministers desavouiert. Sollte die letztere aufrechtgehalten werden, müßte ich mich gezwungen sehen, die Sprache, die Herr Iswolskij in Buchlau gebrauchte, als Irreführung zu betrachten. Ein weiteres Verbleiben auf meinem Posten wäre in diesem Falle ausgeschlossen. In sichtlichem Unbehagen geraten, beteuerte mein Mitredner, daß es dem Minister gewiß nicht beifalle, den Afford zu leugnen, daß nur die Worte ‚freundschaftliche Haltung‘ zu weit gingen, übrigens die voraussichtlich entgegengestellte Formel ‚Nichtverhindern‘ im wesentlichen auf gleiche hinauslaufe.“ Tscharykow sprach noch die Hoffnung aus, die Sache werde sich ausgleichen lassen, worauf Berchtold erwiderte: „Ich versicherte dem Adjoint, daß dies auch mein Wunsch sei, bestand aber darauf, daß dem Minister mein peinliches Befremden telegraphisch gemeldet werde über dessen jüngste Darstellungsweise des Buchlauer Affords, welche mir in unverföhnlichem Gegensatz zu stehen schien zu meiner früheren Auffassung desselben Themas¹⁾.“

Trotz dem tiefen Ernste dieser Auseinandersetzung war die Brücke zwischen Petersburg und Wien noch nicht abgebrochen, da Iswolskij

¹⁾ Auch in Wien ließ Iswolskij die Auffassung Aehrenthals bestreiten, und zwar durch ein dem russischen Botschafter Urussow am 8. Oktober gesandtes Telegramm. Dieser verständigte Aehrenthal davon, fügte aber begütigend hinzu, „daß Iswolskij nicht seine freundschaftliche Haltung in Abrede stellen wolle, sondern nur den größten Wert darauf lege, daß der Anschein vermieden werde, als sei die Annexion auf Grund einer Verständigung zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinett erfolgt“. Aehrenthal räumte ein, eine vorherige Zustimmung Rußlands und Italiens zur Annexion habe nicht stattgefunden; weitergehende Äußerungen des Botschafters Rhevenhüller seien diesem von seinem lebhaften Temperament eingegeben worden.

die österreichisch-ungarische Regierung wissen ließ, er sei bereit, die Ergebnisse der Besprechungen von Buchlau als tatsächlich erzielt (acquis) anzuerkennen und sie zur Grundlage seines Verhaltens auf der europäischen Konferenz zu machen; indessen bedeutete das nicht viel, da man über das Wesen jener Ergebnisse uneins war. Eine Verschärfung trat aber dadurch ein, daß Lehrenthal, über die Winkelzüge seines russischen Kollegen äußerst aufgebracht, in ausbrechender Leidenschaft ihm am 10. Oktober telegraphieren ließ, er werde, falls Iswolskij auf der Ablehnung verharre, ihren Noten- und Briefwechsel über die Balkanfrage veröffentlichen. Diese Drohung erregte bei Iswolskij ebenso Furcht wie Erbitterung, und es stieg in ihm der Haß gegen seinen glücklicheren und zugleich rücksichtslosen Nebenbuhler auf, ein Haß, der fortan sein Verhalten bestimmte und für die Ruhe Europas verhängnisvoll wurde.

*

Serbien. Die Türkei. Bulgarien. Italien

Die Wucht der von London aus gegen die habsburgische Monarchie unternommenen Angriffe hatte zur Folge, daß ihr ringsum Gegner erwachsen. Wo aber bereits Feindseligkeit gegen Österreich-Ungarn bestand, wurde sie zu heller Flamme angefacht. Das war in Serbien und in Montenegro der Fall, über deren Ansprüche die Annexion wortlos hinwegschritt. Die Enttäuschung war hier um so größer, als damit alle Wühlarbeit in Bosnien und Kroatien ergebnislos, das dafür ausgegebene schöne Geld verloren schien. Niederdrückend wirkten auch die Ratschläge, die Iswolskij im September 1908 dem serbischen Minister des Aeußeren in Karlsbad gegeben hatte. Indessen richteten sich die Geister bei der Kunde aus London wieder auf. Die Freude war um so größer, als Eduard VII. bis zu diesem Augenblick der serbischen Regierung ständig vorgehalten hatte, sie diene einem durch Königsmord auf den Thron gelangten Herrscher. Das war mit einem Male wie weggewischt, so daß durch die südslawische Welt die Ahnung flog, Großbritannien habe für die großserbischen Träume sein Herz entdeckt.

Demgemäß gingen in Belgrad die Wellen hoch. Kronprinz Georg hielt am 10. und 11. Oktober Ansprachen, die fast unverhohlen den Krieg gegen die Donaumonarchie forderten; er bot sich an, Führer der Freiwilligen zu werden, die für Nationalität und Ehre zu sterben bereit wären. Gleichzeitig veröffentlichte der großserbische Verein *Slovenski Jug* flammende Aufrufe gegen Österreich-Ungarn und bat die slawischen Völkerschaften der Monarchie um ihre Unterstützung. Die serbische Regierung verlangte Gelder zur Ergänzung der Rüstungen und die Volksvertretung faßte am 12. Oktober einen Beschluß, der eine Reihe von Beleidigungen und Herausforderungen der Nachbarmonarchie enthielt. Wenn die von einigen Abgeordneten geführte Sprache alles Maß überschritt, so trug jeder für sich die Verantwortung; der einstimmige Beschluß der Volksvertretung jedoch, der mit der Regierung vereinbart sein mußte, riß eine Kluft auf, über die hinweg letzten Endes nur die Kanonen sprechen konnten. Der Beschluß der Skupschtina lautete¹⁾:

„Schmerzlich berührt von dem großen Unrecht, das Serbien und dem serbischen Volke durch den Bruch eines internationalen Vertrages, ohne das Einverständnis des daran interessierten Volkes, von einer Seite geschehen ist, die diesen Vertrag unterzeichnet hat und ihn schützen sollte; tief überzeugt von der Größe der die ganze serbische Rasse bedrohenden Gefahr, die einen für ihre Unabhängigkeit und ihren Bestand sehr bedenklichen Präzedenzfall schafft; in ihrer Ergebenheit für die Interessen des allgemeinen Friedens und der Gerechtigkeit hierdurch bis ins Innerste beunruhigt und fest entschlossen, zu tun, was nötig ist, um in der durch die Gewalt geschaffenen Krise die Interessen Serbiens und seiner Landsleute zu sichern, spricht die Skupschtina, nachdem sie von den Erklärungen der Regierung und den Maßnahmen, die diese in dieser Sache zu ergreifen gedenkt, Kenntnis genommen hat, der Regierung einstimmig ihr Vertrauen aus und erwartet von ihr, daß sie die bedrohten serbischen Interessen in der energischsten Weise verteidigt. Zu diesem Zwecke stellt die Skupschtina der Regierung einmütig die ganze und geeinigte Kraft des serbischen Volkes zur Verfügung.“

Eine derartige Sprache eines europäischen Staates war immer nur vor Ausbruch eines Krieges gehört worden, und Österreich-Ungarn

¹⁾ Die Übersetzung nach Schultheß' Geschichtskalender 1908.

hätte Grund gehabt, Rechenschaft zu fordern. Indessen ließ das Wiener Kabinett es bei Warnungen bewenden und Uehrenthal lehnte die Annahme des von der serbischen Regierung gegen die Annexion eingelegten Protestes mit der Begründung ab, daß Serbien die Berliner Kongressakte nicht unterzeichnet habe, also kein Recht besitze, sich ihrer anzunehmen. Diese Langmut hatte aber nur die Folge, daß sich die Provokationen steigerten. Am 19. Dezember brachte die „Daily Mail“ einen Bericht über Äußerungen, die Fürst Nikolaus von Montenegro zu ihrem Vertreter gemacht hatte; der Fürst sagte, er sehe keinen Ausweg als einen Krieg mit Österreich, wenn er sich auch über dessen Gefahren keiner Täuschung hingebte. Aberhaupt fand unter dem Eindrucke der Annexion eine Versöhnung der zwei Herrscherhäuser von Serbien und Montenegro statt und Fürst Nikolaus fand wieder Gnade in den Augen der revolutionären großserbischen Klubs. Gleichzeitig machte der serbische Minister Milovanović eine Rundreise durch Europa, um die Kabinette zur Hilfe aufzurufen; Ende November fuhr der serbische Kronprinz mit dem Minister Pašić nach Petersburg, wo sie wohlwollend aufgenommen wurden. Serbien stellte zwei Forderungen, die der habsburgischen Monarchie nur durch einen Krieg abzurufen gewesen wären. Es verlangte für Bosnien und die Herzegowina Autonomie, die von den Großmächten zu verbürgen wäre, für sich selbst einen Hafen an der Adria nebst einem Landstrich, der vom serbischen Staatsgebiet bis dahin zu reichen hätte. Dieser Korridor zum Meere, wie man sich ausdrückte, hätte, der Natur der Sache nach, von Bosnien oder Dalmatien losgetrennt werden müssen. Nun war zwar die Forderung billig, daß den Naturprodukten Serbiens ein Ausweg zum Meere eröffnet werde; daß aber zu diesem Zwecke ein österreichisches Reichsgebiet abgetreten werden sollte, war ein ebenso starkes Verlangen wie das andere, das autonom erklärte Bosnien unter die Schutzhohheit der Großmächte zu stellen. Es war schon damals klar, daß über diese Dinge nur ein Krieg die Entscheidung bringen könne. Die serbische Regierung rüstete auch eifrig und ließ sich im Oktober einen Kredit von 16 Millionen, einige Monate später von weiteren 33 Millionen Franken, bewilligen. Außerdem schickte sie die bis zum Ausbruche der türkischen Revolution in Mazedonien tätig gewesenenen serbischen Banden an die bosnische Grenze, wo sie sich zum Einbruche bereit machten. Von den bosnischen Bergen herab konnte man stellenweise die Übungen dieser Scharen ansehen. Infolge des Einspruches der österreichischen

Regierung wurden diese Banden gegen das Innere gezogen, was in der Sache keinen Unterschied machte¹⁾.

Über diese Drohungen konnte das Wiener Kabinett noch hinwegsehen, unangenehmer war, was sich gleichzeitig in der Türkei zutrug. Der Protest der Pforte zwar mochte hingehen, um so mehr, als es ihr gutes Recht war, sich zu Worte zu melden, wenn sie auch durch die Namensänderung der österreichischen Herrschaft in Bosnien keinen Verlust erlitt. Das Wiener Kabinett eröffnete mit ihr eine Verhandlung zum Ausgleich der in Frage stehenden Rechte über Bosnien. Das war um so notwendiger, als Mitte Oktober in der ganzen Türkei gegen alle Einfuhren aus Österreich und Ungarn ein Boykott in Szene gesetzt wurde. Das neuerwachte politische Bewußtsein der Bewohner des ottomanischen Reiches machte sich Luft und das jungtürkische Zentralkomitee leitete die Volksbewegung, während die Regierung der Sache fernzustehen behauptete. Durch fünf Monate lag der Handel der habsburgischen Monarchie in der Türkei vollständig darnieder. Vor den Läden der österreichischen und ungarischen Kaufleute standen drohende Gestalten, welche den Eintritt von Käufern verhinderten; die Lastträger in Stambul wie in allen türkischen Häfen verweigerten das Ausladen von Schiffen aus der Monarchie. Auch kamen der österreichischen Regierung aus den syrischen Häfen Beirut und Haifa Berichte zu, daß die britischen Konsuln zur Achtung des Handels mit Österreich-Ungarn anspornten.

Über weiter. Der gegen die Donaumonarchie entfachte Sturm hatte zur Folge, daß wie Pflaumen im Winde die unzuverlässigen Freunde, Bulgarien und Italien, von ihr abfielen. Nur Rumänien hielt dank der Festigkeit König Carols von Anfang bis zu Ende an den übernommenen Verpflichtungen fest. Den Bulgaren zwar war es kaum zu verargen, daß sie, von Rußland und England angelockt, nach den Vorteilen griffen, die ihnen vom Dreiverbände geboten wurden. Der erste Punkt des in Paris vereinbarten Programmes der europäischen Konferenz besagte: „Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens.“ Dieses Land wurde also von den Hütern der europäischen Verträge begnadigt, während Österreich in der Verdammnis blieb. Nicht bloß, daß die Lossagung des Fürstentums von der türkischen Lehenshoheit

¹⁾ Dem österreichisch-ungarischen Generalstab waren die Standorte der Banden genau bekannt und er entwarf jeweilig Karten, in welche ihre Aufstellungen eingezeichnet waren; Abdrücke davon wurden den Militärkommanden in Bosnien bekanntgegeben.

genehmigt werden sollte, Rußland gewährte ihm auch finanzielle Aus-
hilfe. Bulgarien schuldete der Pforte noch den Tribut für Ostrumelien,
der seit Jahren nicht bezahlt worden war; es hatte außerdem eine
Entschädigung zu leisten, weil es, wie erwähnt, die sein Gebiet durch-
ziehenden Eisenbahnen, die einer von der türkischen Regierung seiner-
zeit eingesehten Gesellschaft gehörten, mit Beschlagnahme belegt hatte. Im
ganzen waren von Bulgarien dem türkischen Staatschatz 125 Mil-
lionen Franken zu zahlen. Für diese Summe trat Rußland gewisser-
maßen als Bürge ein. Da das Zarenreich selbst vom letzten Türken-
kriege her noch 40 Raten der Kriegsentchädigung zu fordern hatte,
so wurde eine Verrechnung vereinbart, derart, daß die Schuld Bulga-
riens an die Türkei durch die der Türkei an Rußland gedeckt ward.
Bulgarien bezahlte dafür dem russischen Staatschatz mäßige Jah-
resraten, so daß die Bürde leicht zu tragen war. Es lag dem Kabinett
von Petersburg viel daran, Bulgarien von Österreich abzu ziehen, was
ohne Mühe gelang. Deshalb wurde der Bulgarenfürst, bevor noch
seine neue Würde von Europa anerkannt war, bei seiner Reise nach
Petersburg am 22. Februar 1909 mit königlichen Ehren aufgenommen.
Stolz auf den Erfolg ließ er bei Uehrenthal anfragen, ob er nicht auch
nach Wien kommen könne, wo er gleichfalls als König behandelt zu
werden hoffte. Der österreichische Minister jedoch, erbittert über das
Abschwenken Bulgariens zu Rußland, ließ Ferdinand durch den bul-
garischen Agenten Sarafow mit übelangebrachter Schroffheit sagen,
über ihn persönlich könne der Fürst verfügen, dagegen könne von dessen
Empfang als König in Wien, besonders beim Kaiser, nicht die Rede
sein, bevor Bulgarien förmlich als Königreich anerkannt sei. Es scheint,
daß Sarafow als Russenfreund in seinem Berichte nach Sofia die Ab-
sage Uehrenthals beleidigender schilderte, als sie gemeint war. Ferdinand
aber, in seiner Eigenliebe schwer verletzt, und in Petersburg völlig
gegen Österreich-Ungarn gewonnen, brach darauf mit Uehrenthal die
persönlichen Beziehungen ab und ließ sich zur Abwechslung wieder
mit den Gegnern Österreich-Ungarns ein. Maßgebend war für ihn,
daß er die Donaumonarchie von Feinden umringt sah, so daß ihm
das Einvernehmen mit Rußland und Serbien größere Vorteile zu
bieten schien. Von jetzt ab spannen sich die Fäden, die sich schließlich zu
dem bulgarisch-serbischen Waffenbunde von 1912 verdichteten.

Bulgarien stand nicht im Vertragsverhältnisse mit Österreich-Un-
garn, es war also keine Treulosigkeit, wenn es seinen Vorteil wo immer

suchte. Anders Italien. Dieser unzuverlässigste aller Bundesgenossen machte sich für den Fall, daß das über der Donaumonarchie zusammengezogene Gewölk losbrechen sollte, zum Abfall bereit. Tittoni hatte zwar mit Aehrenthal das Notwendige verabredet und, wie erwähnt, in einer Anfang Oktober vor seinen Wählern gehaltenen Rede die vollzogene Annexion zustimmend besprochen. Sobald aber England an den Schild schlug und den Heerbann gegen Österreich aufrief, konnte Italien nicht fernbleiben. Am 7. Oktober sagte König Viktor Emanuel zum Botschafter Lützow, die Annexion sei ein gegen den Berliner Vertrag geführter Messerstich. Die öffentliche Meinung machte sich die britische Auffassung zu eigen, und Tittoni geriet ins Gedränge; er wurde in der Parlamentsdebatte vom 1. bis zum 4. Dezember 1908 wegen seiner Abmachungen mit Aehrenthal mit Vorwürfen überhäuft. Der in allen Sätteln gerechte Minister hatte keine Lust, sich Österreich zuliebe zu opfern, und hielt eine Antoniusrede, in der er zwar seine Dreibundsfreundlichkeit beteuerte, dabei aber die habsburgische Monarchie preisgab. Er versicherte, er habe sich Aehrenthal gegenüber zu nichts verpflichtet, Italien besäße also auf der zu berufenden Konferenz freie Hand und befände sich mit Rußland in so freundschaftlichem Einvernehmen wie noch nie¹⁾. Das alles widersprach seinem am 4. Oktober Aehrenthal gesandten Briefe, was er bei Lützow mit den ihm erwachsenen Verlegenheiten entschuldigte.

In Wien hörte sich das recht ungemütlich an, zumal die Irredentisten auf der Halbinsel mobil machten und auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn hinarbeiteten. Dazwischen fanden in Wien Schlägereien zwischen deutschen und italienischen Studenten statt, die in Italien weidlich gegen Österreich ausgebeutet wurden. Wohl brachte das furchtbare Erdbeben vom 28. Dezember 1908, durch das Messina in Trümmer gelegt wurde, eine Ablenkung, da Italien in Trauer versenkt und mit der Hilfe für Sizilien beschäftigt war. Aber in Österreich gab man sich im November und Dezember keiner Täuschung darüber hin, daß Italien sich auf die Seite der Gegner der Monarchie stellen werde, falls diese loschlügen. Militärische Vorkehrungen auf der Halbinsel mahnten zur Vorsicht.

¹⁾ Reden Tittonis vom 3. und 4. Dezember in der Sammlung seiner Reden „Italien, der Dreibund und die Balkanverträge“. Berlin 1913.

Aehrenthals feste Haltung

Da nun bloß Deutschland — dieses allerdings eisenfest — zu Österreich-Ungarn hielt und sonst alle Welt auf dieses Reich loszschlug, wurden auch in dessen Innerem alle Feindseligkeiten losgekettet. Die Deutschen zwar, die Magyaren und Polen unterstützten, von den Sozialdemokraten abgesehen, die äußere Politik der Monarchie; unter den Tschechen aber und den Südslawen gab es eine starke Strömung zugunsten der großserbischen Ansprüche. Schon damals schieden sich in Böhmen die Geister nach den im Weltkriege entscheidend werdenden Gesichtspunkten. Die tschechische Landbevölkerung, die bis fast gegen den Schluß des großen Krieges im kaiserlichen Heere ihre Pflicht tat, war im Reichsrate durch die Agrarpartei und die Klerikalen vertreten, welche von ihrer der Annexion günstigen Haltung nicht abwichen; die Jungtschechen aber, meistens in den Städten gewählt, machten unter Führung des Abgeordneten Kramar' zugleich mit Iswolskij eine Schwenkung und fanden in der Dezembertagung des Reichsrates, die Annexion sei ungerecht, die Politik Aehrenthals schädige den Staat. Kramar' befolgte eben jeweilig die von Petersburg kommende Lösung. Gleichzeitig brach in den tschechischen Städten ein Begeisterungstaumel für Serbien los. Die Straßen Prags waren in diesen Monaten ohne dies von Unruhe erfüllt, da der Pöbel die deutschen Studenten, wenn sie in den Farben ihrer Verbindungen durch die Straßen gingen, bedrohte und beschimpfte. In weiterer Folge kehrte sich die Menge gegen die Haltung der Monarchie in der bosnischen Angelegenheit und ward nicht müde, Serbien, seinen König und sein Volk zu bejubeln. Die Behörden waren schwach genug, untätig zuzusehen, bis sich am 2. Dezember 1908 alle Bande der Ordnung lösten. Es war der Tag, an dem 60 Jahre vorher Kaiser Franz Josef den Thron bestiegen hatte, und in den übrigen Teilen Österreichs wurden zur Erinnerung an das Ereignis Umzüge und Fackelzüge veranstaltet. In Prag dagegen zogen die Massen durch die Straßen, Schmähungen auf den Kaiser und Hochrufe auf Serbien ausstoßend; sie verjagten die Polizeimannschaft und der Pöbel riß die deutschen Firmentafeln herab, zerstörte und plünderte auch Läden deutscher Kaufleute. Da mußte sich die Regierung ermannen — das immer vermittelnde Ministerium Beck war

im November entlassen worden — und verhängte über Prag das Standrecht.

In diesen sich häufenden Widerwärtigkeiten erprobte sich der feste Sinn Lehrenthals. Er wurde auch in seinem Lande hart angefeindet, wie jeder Staatsmann, der viel wagt und nicht sofort durchdringt. Es gab in der Aristokratie ahnenstolze Leute, die auf die junge Familie Lehrenthals — der Minister besaß erschreckenderweise nicht einmal die zur Erlangung des Kammerherrnschlüssels notwendigen sechzehn Ahnen — hochmütig herabsahen; in deren Salons rümpfte man die Nase über den Emporkömmling, der durch seine Politik die Freundschaft Rußlands verschert hatte. Dieser Vorwurf wurde auch von ernstern Männern erhoben, die fanden, er hätte mit Iswolskij alles klarer verabreden, ihm keinen Vorwand zu Klagen leihen sollen. Die Tschechen grollten ihm, weil er, gemeinsam mit dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, das ihnen genehme Ministerium Beck zu Falle gebracht hatte. Die am Export in die Türkei beteiligten Fabrikanten und Kaufleute klagten laut über den ihnen zugefügten Schaden und meinten, Lehrenthal hätte sich mit der Pforte ins Einvernehmen setzen sollen, um die Annexion vorzubereiten. Die Sozialdemokraten endlich höhnten über seinen Mißerfolg, der den veralteten Methoden seiner Diplomatie zuzuschreiben sei. Indessen war der Sinn der großen Mehrheit des Volkes diesseits wie jenseits der Leitha zu gesund, um sich von diesen Gedankengängen einfangen zu lassen. In den Parlamenten zu Wien und Budapest wie in den Massen überwog die Stimmung, es sei Ehrensache, den Strauß durchzufechten.

Dazu war Lehrenthal auch entschlossen. Er blieb bei dem Beweisgrund, von welchem er sich bei seinem Vorgehen hatte leiten lassen: es sei ein Gebot der Staatsklugheit gewesen, die Gelegenheit zu ergreifen und auf Iswolskij's Vorschläge einzugehen. Ganz verkehrt aber würde er gehandelt haben, so setzte er auseinander, wenn er zuerst bei der Pforte angefragt hätte; denn die herrschende jungtürkische Partei würde, von England kräftig unterstützt, um keinen Preis auf die Souveränität der Pforte über Bosnien verzichtet haben; jede Verhandlung vor der Tat wäre daher ein Schlag ins Wasser gewesen. Und darin hatte Lehrenthal gewiß recht, ebenso, daß er in England den Hauptfeind sah. Er war übrigens sicher, daß Großbritannien nicht zum Schwerte greifen werde: verblüffen aber, so sagte er den fremden Diplomaten, verblüffen lasse er sich nicht. Am 26. Februar 1909 schrieb Lehrenthal

an Berchtold: „Es kann wohl nicht der leiseste Zweifel darüber obwalten, daß Herr Iswolskij seinen kaiserlichen Herrn über meine Politik und sein Verhältnis zu derselben auf das einseitigste zu informieren fortfährt. Nicht allein, daß er Kaiser Nikolaus bewogen hat, in langen Briefen an Seine Kaiserliche und Königliche Apostolische Majestät die schwersten Beschuldigungen gegen meine Person vorzubringen, — Herr Iswolskij hat seinen kaiserlichen Herrn auch veranlaßt, diese Beschuldigungen dem deutschen Botschafter in St. Petersburg gegenüber und auch in einem Schreiben an Kaiser Wilhelm zu wiederholen.“ Er rechnete mit Bestimmtheit darauf, daß das von seinen Niederlagen noch nicht erholte Rußland Frieden halten werde. Darin bestärkte ihn der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf, der ihn sogar antrieb, selbst die Entscheidung durch das Schwert anzurufen, solange Rußland nicht gerüstet war. Das jedoch lehnte Uehrenthal ab. Er berief sich gerne auf eine Stelle in Jakob Burckhardts Betrachtungen zur Weltgeschichte, in welcher zwischen echten und falschen historischen Krisen ein feiner Unterschied gemacht wird, und nur von einer der letzteren könne gesprochen werden. Er schien keine Nerven zu haben und erwiderte, wenn man ihm von der schwankenden öffentlichen Meinung sprach: „Meinen Mitbürgern wird die Nervenmassage, die sie jetzt durchmachen müssen, heilsam sein.“ Man konnte gegen die Einleitung der Annexion manches einwenden und finden, daß er das Petersburger Kabinett unrichtig behandelt hatte: darüber aber, daß er in der Gefahr auf der Höhe seiner Aufgabe stand, herrschte nur eine Meinung.

Gegen die Einberufung einer europäischen Konferenz erhob er zwar keine Einwendung, wohl aber gegen das vorgeschlagene Programm. „Kompensationen für Serbien und Montenegro“, so erklärte er, „sien nur auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, nicht aber durch eine Gebiets-erweiterung möglich¹⁾.“ Außerdem aber forderte er, daß die österreichisch-ungarische Souveränität über Bosnien auf der Konferenz nicht erörtert werden dürfe, sondern einfach registriert werden müsse. In London und Petersburg schlug man über dieses hochfahrende Verlangen die Hände über dem Kopf zusammen; auch seine Freunde fanden ihn in die-

¹⁾ In diesem Sinne berichtete der russische Geschäftsträger in London an Iswolskij 11./24. Februar 1909: Man sei in London der Ansicht, Serbien müsse vor der Vernichtung bewahrt werden, aber ohne Krieg mit Osterreich werde sich nicht erreichen lassen, für Serbien andere als ökonomische Konzessionen zu erlangen. B. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, 1921, S. 75.

sem Punkte zu unbeugsam. Infolge dieser Vorstellungen erklärte er sich zu einer Erörterung mit den Großmächten bereit, aber nur von Kabinett zu Kabinett und vor der Konferenz. Denn er wollte sein Vaterland nicht einem förmlichen Tadel der Konferenz aussetzen, gleich dem 1871 über Rußland ausgesprochenen, als dieses Reich sich über den Dardanellenvertrag hinwegsetzte und im Schwarzen Meer Kriegsschiffe zu bauen begann. Und dabei blieb er mit dem Kernsatz: „Solange ich Minister bin, werde ich nicht zugeben, daß über Kaiser Franz Josef Gericht gehalten wird.“

*

B ü l o w. I s w o l f s k i j. C l e m e n c e a u

Indessen würde Aehrenthal den Erfolg nicht haben erzwingen können, wenn das Deutsche Reich nicht in voller Treue zu Österreich-Ungarn gestanden hätte. Diese Rückendeckung war der Dank für die von Österreich-Ungarn 1906 und 1907 geleisteten Dienste. Schon am 6. Oktober 1908 benachrichtigte Bülow den deutschen Botschafter in Wien, Tschirschky, die deutsche Regierung lege „besonderen Wert darauf, daß man in Wien hinsichtlich der Annexionsfrage volle Sicherheit über unsere zuverlässige Haltung habe. Es sei dies für uns ein Erfordernis selbstverständlicher Loyalität.“ Als Aehrenthal dann die Bedingungen formulierte, unter denen allein das Wiener Kabinett die Konferenz beschicken werde, teilte der Reichskanzler am 13. Oktober nach London mit, Deutschland stehe seinem Verbündeten in seiner Auffassung zur Seite. An demselben Tage wurde Tschirschky angewiesen, in Wien mitzuteilen, es bestehe für das Berliner Kabinett weder Veranlassung noch Neigung, „das Vorgehen unseres Verbündeten einer Kritik zu unterziehen, wohl aber der feste Wille, in Erfüllung unserer Bundespflichten an seiner Seite stehen zu bleiben“. Noch wärmer klang die von Kaiser Wilhelm dem Kaiser von Österreich auf dessen Brief gegebene Antwort vom 15. Oktober. „Du kannst“, hieß es darin, „auch in dieser Frage auf meine unwandelbare persönliche Freundschaft und Verehrung, wie auf die enge Bundesfreundschaft zählen, die unsere Reiche verbindet.“

Diese Haltung der deutschen Regierung war um so bemerkenswerter, als sie dadurch bei der Pforte Anstoß erregte und Gefahr bestand, die Türkei werde sich England völlig in die Arme werfen. Das war auch der Grund, weshalb Botschafter Freiherr von Marschall der österreichischen Regierung grollte und seiner Mißstimmung über die Annexion lauten Ausdruck gab; gehörte doch die Gewinnung der Türkei zu seinen Lebensaufgaben. Auch der Botschafter in Rom, Graf Montz, fand, daß Österreich-Ungarn die Freundschaft Deutschlands auf eine überflüssig starke Probe gestellt hätte. Dieser Ansicht begegnete man auch in vielen liberalen Zeitungen Deutschlands, wogegen die konservative und die klerikale Presse des Deutschen Reiches die kräftige Unterstützung Österreichs heischte und billigte. Die Rücksicht auf die Pforte war auch der Reichsregierung nicht fremd; deshalb wurde in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Oktober die Behauptung abgewehrt, daß Deutschland das Wiener Kabinett zu seinem Vorgehen angeregt oder aufgestachelt hätte. Auch erklärte Bülow am 29. Mai 1909 im Reichstage, die deutsche Regierung sei von der Absicht der Annexion ungefähr zur selben Zeit wie die übrigen Mächte unterrichtet worden, und sie wisse dem Wiener Kabinett Dank dafür, daß es nicht früher geschehen sei. Diese Worte waren für Stambul berechnet, ohne daß das Berliner Kabinett einen Zweifel darüber ließ, Österreich-Ungarn sei seiner Unterstützung sicher. Bülow schrieb an Marschall einen sehr bestimmten Brief, in dem er ihn bat, die Opposition gegen die österreichische Politik fallen zu lassen, hinzufügend, dem Botschafter werde es bei seiner großen diplomatischen Erfahrung ohne Zweifel gelingen, eine Erübung des Verhältnisses Deutschlands zur Pforte hintanzuhalten. Kaiser Wilhelm teilte ganz die Auffassung des Kanzlers und traf bei einem Jagdbesuch in Österreich dem Freiherrn von Lehrenthal mit den Worten zu: „Weidmannsheil!“ Der seit zwei Jahren im Ruhestande lebende Holstein empfahl dem Kanzler in einem Schreiben dringend eine kräftige Politik, woran es seines Erachtens auf der Algieras-Konferenz gefehlt hatte. Auch ohne diese Mahnung wären der Kaiser und Bülow nicht von der eingenommenen Linie abgewichen; handelte es sich doch darum, der Welt zu zeigen, daß die zwei Mächte der europäischen Mitte bei festem Zusammenstehen dem Sturme aus Ost und West gewachsen seien.

Dabei war aber Bülow besorgt, Rußland nicht vor den Kopf zu stoßen. Von London und Paris nahm Iswolskij seinen Weg nach Berlin,

blieb hier vom 24. bis 26. Oktober 1908 und schüttete Bülow sein Herz aus. Er sprach mit solcher Bitterkeit von Lehrenthal, daß der Reichskanzler sich mit je einem Finger seiner Hände ein Ohr verschloß und sagte: „Lieber Freund, ich darf diese Worte nicht anhören, aber ich würde ebenso meine Ohren zustopfen, wenn der österreichische Minister in ähnlichen Ausdrücken über Sie spräche!“ So hielt er Iswolskij in guter Stimmung, aber dessen Ansehen war so gesunken, daß Kaiser Wilhelm ihn zwar zum Frühstück einlud, sich jedoch trotz allen Bemühungen Iswolskij's in kein politisches Gespräch mit ihm einließ. Iswolskij kehrte schweren Herzens nach Rußland zurück, das er vor drei Monaten mit hochfliegenden Entwürfen verlassen hatte. Diese lange Abwesenheit gehörte mit zu den Seltsamkeiten seiner Geschäftsführung.

Zu den Unannehmlichkeiten, die Iswolskij auf seiner Rundfahrt erlebte, gehörte die kühle und spöttische Art, mit welcher der französische Bundesgenosse seinen Bestrebungen folgte. Clemenceau machte den Feldzug nur lässig mit, da er seit seinem Marienbader Gespräche mit Eduard VII. auf der Hut war. Er hatte die Zügel in der Hand, während der Minister des Äußeren, Pichon, unter seinem Einflusse handelte, so daß der Direktor im Auswärtigen Amte, Louis, der mit Rußland durch Dick und Dünn gehen wollte, in Schranken gehalten wurde. Im Herbst 1908 war, wie noch ausführlicher zu erzählen ist, der Streit um Marokko aufs neue entbrannt; indessen hegte die deutsche Regierung nicht mehr Lust, scharf ins Zeug zu gehen und war zu einem Ausgleiche bereit. Dazu wurde sie auch durch die wegen Bosnien bestehende Spannung bestimmt. Eben diese Aufregung bot dem Pariser Kabinett die Möglichkeit, von Deutschland in Marokko Zugeständnisse zu erhalten; so weit, aber nicht weiter, ließ sich Clemenceau in eine Erörterung der bosnischen Frage ein. Unter diesen Umständen kam am 9. Februar 1909 zwischen Berlin und Paris ein Frankreich günstiges Abereinkommen zustande; während die Engländer und Russen Mitteleuropa bedrohten, machte Frankreich seinen Fischzug. Damit hing zusammen, daß die französische Presse sich nicht sonderlich gegen Osterreich-Ungarn erhitzte. In den Pariser Zeitungen waren arge Hekereien gegen England und Rußland zu lesen; der Neujahrsartikel des „Temps“, 1909, enthielt eine ernste Mahnung an England, den Kontinent nicht in Flammen zu setzen. Es hieß darin: „Seit dem Austausch der orientalischen Krise sind die englischen Blätter systematisch und unnötigerweise ag-

gressiv gewesen, und die Äußerungen hochstehender Persönlichkeiten schienen nicht beruhigender. Betrachtet man die plötzliche Wut, die gegen Österreich entfesselt wird, so fragt man sich, ob die englische Politik ihren Plan darauf beschränkt, den türkischen Markt dem Germanismus zu entreißen, oder ob sie nach diesem Presskampf andere Kämpfe im Sinne hat, in denen übrigens ihr eigenes Risiko unbedeutend wäre. Ein auf die Balkanentwicklung gepropfter europäischer Krieg würde augenblicklich den wirklichen Interessen keines kontinentalen Landes dienen. Denn keines dieser Länder hat bisher diesen Krieg gewollt, keines hat sich daher auf ihn vorbereitet. So entschlossene Anhänger der französisch-englischen Entente wir sind, so würden wir doch wünschen, daß im kommenden Jahre nicht gewisse in London begangene Unflugheiten den Gegnern dieser Entente das Spiel erleichtern.“

Iswolskij war über die Haltung der französischen Presse höchst erzürnt und beklagte sich in dem Aufsatz, den er im September 1909 in die „Fortnightly Review“ einrücken ließ, bitter über ihren Undank: habe sie doch anläßlich der beiden letzten russischen Anleihen die hübsche Summe von 1400 000 Franken erhalten. Welch eine Naivität war es doch, die Rechnung über jene Bestechungen öffentlich vorzuweisen! In dem von Uehrenthal veranlaßten Gegenartikel Dillon's in derselben englischen Revue wurde ihm witzig erwidert: der russische Minister gleiche dem Aktäon der griechischen Sage, der auf Befehl der von ihm beleidigten Diana von seinen eigenen Hunden zerrissen wurde.

Bei seiner Rückkehr nach Rußland, Ende Oktober 1908, fühlte sich Iswolskij im Amte bedroht. Sein Gehilfe und Nebenbuhler Tscharykow war über sein Mißgeschick nicht gerade unglücklich. Die Panlawisten machten ihm zum Vorwurf, sich mit Uehrenthal in Buchlau zu tief eingelassen und Serbien preisgegeben zu haben. In diesem Sinne sprachen Graf Bobrinskij und Pogodin in einer zu Moskau abgehaltenen Versammlung.

Diese nationalistischen Rundgebungen waren aber, wie immer, ungefährlich, wenn die Regierung die Nationalisten nicht zu Eroberungszwecken vorschieben wollte, denn die Massen hatten andere Sorgen als den Krieg gegen Österreich.

Im Grunde aber war man von den obersten Kreisen bis tief hinab einig darüber, daß Rußland es nicht auf einen Waffengang antommen lassen könne.

Die von Iswolskij unter diesen Umständen eingenommene Haltung zeigte seine ganze Hilflosigkeit. Am 30. Oktober hatte er die bereits erwähnte Unterredung mit dem Grafen Berchtold, über welche dieser nach Wien des weiteren berichtete: „Die leidenschaftlichen Ausbrüche des Herrn Iswolskij klangen in wehmütigen Reflexionen persönlicher Natur aus. Er sei ein gebrochener Mann. In welcher qualvollen Situation sei er seinem kaiserlichen Herrn gegenüber gebracht! Und wie schwierig, ja aussichtslos gestalte sich seine Stellung in Anbetracht der Stimmung der öffentlichen Meinung! Nicht einmal der Ausweg der Demission bleibe ihm offen, denn von einer solchen könne nun bei der allgemeinen Unruhe und der Sorge um den Stand der russischen Werte nicht die Rede sein. Er müsse auf seinem Posten bleiben, mißachtet und angefeindet von allen Seiten...“ Berchtold vermochte, wie er schreibt, dem springflutgleich auf ihn herabdringenden Redestrom nur mit Mühe durch seine Einwürfe Einhalt zu tun. Iswolskij half sich beim Zaren dadurch, daß er ihm Uehrenthal in den schwärzesten Farben malte, auch besaß er noch so viel Einfluß auf ihn, um ihn zu einem Schreiben an den Kaiser von Osterreich zu bestimmen, in dem Nikolaus II. (7. Dezember 1908) sich in ungewöhnlich scharfen Ausdrücken über dessen Minister beschwerte. Dieser trage die Schuld an der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Wien und Petersburg, er habe die diplomatischen Bräuche in einer Art mißachtet, daß der Zar sich persönlich verletzt fühle. Eine solche Politik lasse für die Verhältnisse auf dem Balkan das schlimmste, selbst einen Zusammenstoß mit den Waffen, befürchten. „Gott behüte uns“, so rief der Zar aus, „vor einer solchen Eventualität, die der Möglichkeit guter Beziehungen zwischen Rußland und Osterreich ein Ende machen und Europa in einen allgemeinen Krieg verwickeln könnte.“ In der vom 28. Januar 1909 herrührenden Antwort nahm Franz Josef seinen Minister in Schutz und suchte den Zaren zu begütigen. Es war noch ein Glück, daß das persönliche Verhältnis der Monarchen nicht unter den zur Unterschrift vorgelegten Briefen litt, in denen sich ihre Minister gegenseitig die unangenehmsten Dinge sagten.

Während Iswolskij seinen kaiserlichen Herrn ins Feuer schickte, brachte er sich selbst in Sicherheit. Das geschah durch ein im Dezember an die Mächte gerichtetes Rundschreiben, in dem Rußland sich aus der Schlinge zog. Das Petersburger Kabinett kritisierte zwar darin scharf das Vorgehen Osterreich-Ungarns und begründete den Vorschlag auf Berufung einer europäischen Konferenz des näheren; indessen er-

klärte es sich bereit, dem Wunsche der österreichischen Regierung insofern Rechnung zu tragen, daß auf der Konferenz der vollendeten Tatsache der Annexion ohne Beratung zugestimmt werden solle; die Erörterung darüber zwischen den einzelnen Kabinetten könne vorher stattfinden. Was wollte Lehrenthal Besseres verlangen? In ähnlichen Wendungen bewegte sich die von Iswolskij am 25. Dezember in der Duma gehaltene Rede; nur erteilte er darin den Balkanstaaten den Rat, sich zu einem Bunde zusammenzuschließen. Das lag nun noch im Schoße der Zukunft, im wesentlichen aber leitete der russische Minister mit seiner Rede den Rückzug aus seinem unglücklichen Feldzuge ein. Er konnte sich eben den Folgen der vom Juni bis zum September mit Lehrenthal gepflogenen Unterhandlungen nicht entziehen. Mochte er auch mit Händen und Füßen um sich schlagen, er saß nun einmal in der Falle.

*

K r i e g s g e f a h r

U n t e r allen Großmächten war England jetzt die einzige, die nicht locker ließ: sie verfolgte Osterreich-Ungarn mit der Zähigkeit einer Bulldogge. Nicht daß die verantwortlichen Minister einen Krieg entfesseln wollten, dessen Schrecken mit der Geringsfügigkeit des Unlusses in keinem Verhältnisse gestanden hätten; sie wollten jedoch dem Wiener Kabinette zeigen, daß England ihm mehr schaden als Deutschland nützen könne; auf der Konferenz sollte ihm eine Demütigung bereitet werden. Hierzu war nun freilich zunächst der Sturz Lehrenthals erforderlich, der davon überzeugt war, daß nicht bloß der Zar, sondern auch Eduard VII. darauf hinarbeiteten; der König, so behauptete er, habe schon einen Nachfolger für ihn bereit, den Botschafter in London, Grafen Albert Mensdorff, dessen Vater von mütterlicher Seite ein Vetter der Königin Viktoria gewesen war. Dieser persönliche Kampf war jedoch Nebensache; für England bestand der Hauptgewinn in der bitteren Verfeindung Rußlands mit Osterreich-Ungarn, in Folge deren sich das Petersburger Kabinett endgültig von Mitteleuropa ab- und den Randmächten zuwandte. Die Zerrissenheit des Festlandes ist die Voraussetzung der britischen Seeherrschaft; die Übermacht zur See

konnte und kann nur behauptet werden, wenn die großen Landmächte untereinander im Hader liegen. Diesen Zwiespalt zu vertiefen, wird immer das Hauptziel der britischen Politik sein, und darauf arbeiteten Grey und Hardinge hin, ebenso wie Eduard VII., der König, bereits mit Hinblick auf den ihm unvermeidlich scheinenden Krieg.

Zu dieser Zeit soll Eduard VII. den Ausspruch getan haben: „Wir haben schöne Bundesgenossen, Frankreich will und Rußland kann keinen Krieg führen.“ Ein beglaubigtes Zeugnis für die Absichten der Kriegspartei liegt aber in der Rede vor, die Winston Churchill am 11. September 1914 in einer Massenversammlung zu London hielt. Damals ermahnte er seine Landsleute, im Kampfe gegen Deutschland auszuhalten, ohne mit der Wimper zu zucken; denn das sei der große Krieg, der bereits zur Zeit der bosnischen Annexion zu führen war, „wenn sich Rußland damals nicht so weit erniedrigt hätte, den deutschen Drohungen nachzugeben.“

Bedächtiger faßte Grey 1908 die Sache auf; ihm war es mehr um einen diplomatischen Sieg über Osterreich-Ungarn zu tun, um Verstärkung auch des auf Mitteleuropa geübten Druckes. Darauf zielten seine in Belgrad und Konstantinopel gegebenen Ratschläge. Den Serben wurde jede diplomatische Unterstützung zuteil, so daß sie vornehmlich auf England rechneten, um auf der Konferenz einen Landgewinn einzuheimen; doch erhielten sie den Wink, nicht zur Entscheidung mit den Waffen hinzuarbeiten, und Großbritannien beteiligte sich amtlich an den von Deutschland vorgeschlagenen Schritten der Großmächte, um Serbien zur Einstellung seiner Rüstungen zu bestimmen. Die Pforte wieder wurde ermuntert, ihre Zustimmung zur Annexion nur gegen ein gutes Stück Geldes zu erteilen. Darauf berief sich der Großwesir bei der Verhandlung mit Osterreich-Ungarn; die Pforte für sich, so sagte er zum österreichisch-ungarischen Vertreter, würde sich ins Unvermeidliche fügen, England aber rate ihr, eine Geldentschädigung zu verlangen. Diese neue Liebenswürdigkeit Albions kostete der Donaumonarchie ein Stück Geldes. Zwar verweigerte das Wiener Kabinett eine Zahlung aus dem Titel der Anerkennung der Annexion, indessen willigte es, was an der Sache selbst nichts änderte, schließlich ein, der Pforte den mohammedanischen Kirchenbesitz in Bosnien, den Wakuf, abzulösen, wofür 56000000 Franken entrichtet wurden. Die Unterhandlung ging zähe von statten, was deshalb unangenehm war, weil unterdessen der Boykott gegen die Einfuhren aus Osterreich und Ungarn

fortdauerte. Endlich wurde zwischen Wien und Konstantinopel am 26. Februar 1909 abgeschlossen; die verwickelten wirtschaftlichen Fragen waren in dem Vertrage gelöst und die Annexion in aller Form anerkannt. Mit demselben Tage hörte der Boykott auf.

Wohl standen noch Serbien und Montenegro unter Waffen und zum Einfall bereit, noch war auch die Konferenz zu überstehen, in dessen atmete man in Wien auf. So oft im Laufe des Winters die Kunde neuer Herausforderungen aus dem Süden eintraf und Lehrenthal gefragt wurde, wie lange sich die Monarchie das wüste Treiben werde gefallen lassen, erwiderte er: „Nur Geduld, zuerst schließen wir mit der Pforte ab, dann werden wir Serbien züchtigen!“

Es war arg genug, was sich der kleine Nachbar herausnahm. Kurz nach Neujahr beriet die Skupschtina wieder über die Annexion, und Protic, der Führer der altradikalen Partei, erklärte (vgl. Band II, S. 188) rundweg: „Zwischen uns und Österreich-Ungarn kann es nur dann Frieden und gute Nachbarschaft geben, wenn Österreich-Ungarn darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz anzunehmen.“

Noch viel wichtiger war, daß der russische Minister des Auseren die großserbische Forderung aufstellte, Österreich-Ungarn müsse aus der Balkanhalbinsel geworfen werden. Milobanovic galt für einen der gemäßigtesten Politiker Serbiens, aber auch er sagte: „Man kam auf die unglückselige Idee, Österreich-Ungarn in die Balkanhalbinsel einzubeziehen... Was man vor dreißig Jahren auf dem Berliner Kongreß als Argument für die Okkupation... vorbrachte, daß nämlich auf diese Weise das Vordringen Rußlands verhindert, der Balkan aber Österreich-Ungarns Kultur eröffnet werde, erscheint heute als bitterste Ironie. Denn die Freiheit, welche die Balkanvölker von 1812 bis 1876 erlangten, erhielten sie durch Rußland, während Österreich-Ungarns erster Schritt auf dem Balkan darin besteht, daß es das Volk zweier serbischer Länder zu Sklaven macht (Zarobiti). Den Balkanvölkern droht nun von Österreich-Ungarn Gefahr, und das Gleichgewicht muß gegen Österreich-Ungarn verteidigt werden... Österreich-Ungarn muß aufhören, ein Balkanstaat zu werden¹⁾.“

Das war zwar keine unmittelbare Kriegserklärung, wohl aber die Ankündigung, Serbien werde nicht ruhen, bis die Österreicher aus

¹⁾ Die angeführten Stellen nach T. v. Sosnosty, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns“, II, S. 204.

Bosnien und der Herzegowina eigentlich vertrieben seien. Gleich damals erwartete man als Antwort den Einmarsch der kaiserlichen Truppen in Serbien; aber das Wiener Kabinett hielt noch an sich und sein Gesandter in Belgrad, Graf Forgach, erhielt den Auftrag, Aufklärungen bloß über den Ausdruck zu verlangen, daß Osterreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina zu Sklaven mache. Milobanović wich zurück und behauptete, das Wort „zarobiti“ sei nicht im Sinne von „unterjochen“, „zu Sklaven machen“, sondern bloß von „zu eigen machen“, „untertan machen“ gebraucht. So ging es in den nächsten Wochen weiter, die Sprache der Presse und der Abgeordneten Serbiens wurde immer heftiger. Am 23. Februar fand in Belgrad ein Ministerwechsel statt, durch den jedoch die Stellung des Ministers des Aüßeren nicht berührt wurde. Der neue Kabinettchef Novaković führte sich durch ein Gespräch mit dem Mitarbeiter des „Matin“ ein, der darüber berichtete: die Regierung Serbiens werde, wenn auch zwei Drittel des serbo-kroatischen Volkes dem Hause Habsburg unterworfen seien, es zu verhindern wissen, daß auch das letzte Drittel von Osterreich aufgesaugt werde. Zu gleicher Zeit bewilligte die Skupschtina neue Beträge für Rüstungen und alle am Königsmorde von 1903 beteiligten Offiziere wurden wieder in die Armee eingereiht. Das geschah entgegen den dem Londoner Kabinett gemachten Zusagen, aber man hörte nichts davon, daß König Eduard darüber noch dieselbe sittliche Entrüstung empfand wie früher.

Unmöglich konnte eine Großmacht dies alles ruhig hinnehmen. Sollte Osterreich-Ungarn Gewehr bei Fuß warten, bis Serbien los- schlug oder aber sich die Sache anders überlegte? Indessen, so schwer auch das Wiener Kabinett gereizt war, es erklärte sich doch zunächst einverstanden, daß die deutsche und die französische Regierung, deren Zusammenwirken sich aus dem über Marokko erzielten Ausgleich ergab, einen Versuch zur Vermittlung machen sollten. In Berlin vereinbarte Staatssekretär Riederlen-Wächter am 28. Februar mit dem Botschafter Jules Cambon eine Formel, welche Serbien unter Anerkennung der Annexion einen Ausweg eröffnete. Unglücklicherweise versagte jedoch das Petersburger Kabinett seine Zustimmung, so daß Serbien unter Waffen blieb und ein Losbruch zu befürchten stand¹⁾.

¹⁾ Dies und das folgende nach dem österreichisch-ungarischen Rotbuche: „Diplomatische Aktenstücke betreffend Bosnien und die Herzegowina, Oktober 1908 bis Juni 1909“, Wien 1909. Vgl. auch B. Molden, „Alois Graf Lehrenthal“, Stuttgart, und neuestens

In Wien drängten die Generäle zum Handeln, in erster Linie Freiherr von Conrad, der die Pläne zum Los schlagen fertiggestellt hatte. Nach seiner Ansicht war die Abrechnung mit Serbien unvermeidlich und der damalige Zeitpunkt günstiger als voraussichtlich ein späterer. Da von der Belgrader Regierung die Losreißung von Teilen der Monarchie als Programm angenommen war, so müsse es früher oder später zum Kriege kommen; es empfehle sich aber, den Handschuh aufzunehmen, bevor Rußland sich von seinen Niederlagen in der Mandschurei erholt hätte. Je länger man zögere, desto schwieriger gestalte sich die Lage; denn der Feind werde mit jedem Tage stärker, während die Mittelreiche auf der Höhe ihrer Machtentfaltung stünden.

Das war jedoch nicht die Ansicht Lehrenthals. Blieb Serbien auch weiter hartnäckig, dann allerdings stimmte auch der Minister des Aeußeren für den Krieg, und er so furchtlos wie einer. Indessen zog er die friedliche Lösung vor, wenn auch nur unter der Bedingung, daß die zwei südslawischen Staaten sofort abrüsteten und in der bosnischen Sache nachgaben. Er zweifelte zwar nicht an dem Gelingen einer militärischen Unternehmung, und auch er war überzeugt, daß Rußland in diesem Zeitpunkte den Krieg nicht erklären werde. Es war jedoch sicher, daß, wenn Serbien von den kaiserlichen Truppen besetzt und zum Vasallen herabgedrückt war, Rußland sofort mit seinen Rüstungen beginnen und den Entscheidungskampf zu der ihm gelegenen Zeit herbeiführen werde. Vielleicht schon in zwei Jahren, vielleicht später; dann mußte sich Osterreich-Ungarn auf den Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges gefaßt machen. Dieses Furchtbare abzuwenden, lag dem Kaiser Franz Josef am Herzen, und sein Minister stimmte ihm zu. Sie waren in diesem Punkte auch mit dem Thronfolger einverstanden, der sonst mit seinem kaiserlichen Oheim in vielen anderen Dingen, besonders wegen der zaghaften Behandlung Ungarns, nicht übereinstimmte. Erzherzog Franz Ferdinand war zwar bereit, in einem gegen Serbien zu führenden, unvermeidlichen Kriege den Oberbefehl zu übernehmen, wünschte aber im Hinblick auf Rußland dessen Abwendung. Denn er vertrat seit jeher die Ansicht, nicht das Zarenreich sei Osterreich-Ungarns Hauptgegner, sondern Italien. Der Streit mit Rußland lasse sich schlichten, Italien aber greife, indem es sich die Eroberung

B. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 76 ff., wo S. 79 f. die französisch-deutsche Formel abgedruckt ist. Tswolstij war der Ansicht, daß dieselbe in Wien redigiert worden sei. Ebenda, S. 80.

Triest und die Herrschaft über die Adria zum Ziele setze, der Donaumonarchie ans Herz. So kam man in Wien zu dem Entschlusse, Serbien sei durch das Aufgebot militärischer Macht vor die Wahl zu stellen, sich zu beugen oder des Krieges gewärtig zu sein; immer mit dem leitenden Gedanken, der Monarchie sei ein ehrenvoller Frieden willkommener als der Krieg¹⁾.

Darnach stellte die österreichisch-ungarische Regierung anfangs März 1909 ihre Forderungen. Sie eröffnete den Großmächten, sie verlange nichts mehr, als daß sich Serbien deren Entscheidung unterwerfe. Damit war dem kleinen Staat die Demütigung erspart, denn was Europa für recht fand, mußte auch ihm billig sein. Die Abgabe der Erklärung des Belgrader Kabinettes habe jedenfalls auch in Wien zu erfolgen; aber sein Geschick habe die serbische Regierung nicht etwa Osterreich-Ungarn, sondern den Großmächten anzuvertrauen. Wieder waren es die Einflüsterungen Iswolffs, die Serbien vom Einlenken abhielten. Am 10. März lehnte Serbien jede Unterhandlung mit dem Wiener Kabinett, also auch die verlangte Erklärung, ab; denn, so hieß es in der Antwort, Bosnien sei eine Angelegenheit, die nicht zwischen Wien und Belgrad schwebe, sondern ganz Europa angehe. Die wahre Bedeutung dieses Spieles mit Worten zeigte sich darin, daß Serbien am 13. März auch sein zweites und drittes Aufgebot zu den Waffen rief. Nun mußte Osterreich-Ungarn auch vollen Ernst zeigen. Somit wurde zwar noch keine vollständige Mobilisierung von Truppenkörpern angeordnet, aber zu den südlichen Korps der Armee wurden so viele Mannschaften eingezogen, daß in der zweiten Hälfte des März eine genügende Streitmacht zum Einmarsch in Serbien bereit war. Auch gingen österreichische Sendboten zu den albanischen Stämmen und stellten Geld und 20 000 Gewehre in Aussicht, um Montenegro von Süden her in Schach zu halten. Gleichzeitig wiederholte Serbien wie auch Montenegro von Kriegsgeschrei. Die zwei

¹⁾ Nach dem Tode des Erzherzogs Franz Ferdinand äußerte sich der frühere bulgarische Ministerpräsident Danew in dem Sofioter Blatte „Trgowinski Wjestnik“ über eine Unterredung, die er seinerzeit mit dem Erzherzog hatte. Erzherzog Franz Ferdinand sagte: „Die Serben stellen mich als ihren größten Feind dar. Das ist aber keinesfalls der Wahrheit entsprechend. Zum Beweise will ich Ihnen nur sagen, daß zur Zeit, als die bosnische Krise ihren Höhepunkt erreichte hatte und alles gegen Serbien schlagfertig war, ich fast der einzige gewesen bin, der gegen ein kriegerisches Einschreiten sein Veto erhob. Demnach hätte Serbien es fast mir nur allein zu verdanken, daß es nicht zugrunde gerichtet wurde.“ So nach dem Berichte des „Neuen Wiener Tagblatt“ vom 9. Juli 1914.

südslawischen Staaten waren noch immer überzeugt, England und Rußland würden sie nicht im Stiche lassen und ihnen auf der Konferenz einen Gebietszuwachs verschaffen. Serbien insbesondere hoffte auf Kosten Osterreich-Ungarns einen Zugang zum Adriatischen Meere. Osterreich-Ungarn, so nahm man in Belgrad an, könne es schon im Hinblick auf seine slawischen Völkerschaften nicht auf einen Waffengang ankommen lassen. Die Unruhen in Prag und in Laibach bestärkten den König und seine Minister in dieser Annahme; sie rechneten mit der Gebrechlichkeit im Organismus der Nachbarmonarchie. Dies aber war eine Täuschung, wie Vertreter der fremden Mächte übereinstimmend aus Wien meldeten. Der französische Botschafter Crozier berichtete nach Paris über ein Gespräch, das er während eines großen Empfanges bei Kaiser Franz Josef mit einem der ersten Hofwürdenträger gehabt hatte. Auf die Frage des französischen Botschafters nach dem Stande der Dinge sagte ihm, auf den Kaiser hinweisend, sein Gewährsmann; dieser sehe gewiß nicht so aus, wie ein den Krieg herbeiwünschender Monarch; wenn aber Serbien seine Herausforderungen fortsetze, werde Franz Josef die Kriegserklärung mit derselben Ruhe unterschreiben wie die Ernennung eines Leutnants.

*

S i e g d e s W i e n e r R a b i n e t t s

Erst jetzt kam Iswolstij zum vollen Bewußtsein der Gefahren der Lage. Er war, da das Wiener Kabinett durch fünf Monate so vieles erduldet hatte, von der Annahme ausgegangen, der 78 jährige Kaiser von Osterreich werde lieber einlenken, als es aufs Außerste ankommen lassen. Nun aber konnte jeder Tag den Einmarsch der Oesterreicher in Belgrad bringen. Dieser Aussicht sah die russische Regierung mit Schrecken entgegen. Denn dann mußte sie, ungerüstet wie Rußland war, das von ihr vorgeschobene und in den letzten Wochen ermutigte Serbien seinem Schicksal überlassen, was für das Zarenreich eine Demütigung gewesen wäre. Erschien Osterreich-Ungarn mit einem Heere in der Mitte der Balkanhalbinsel, so konnte es nur durch einen späte-

ren schweren Krieg aus dieser beherrschenden Stellung geworfen werden. Inzwischen aber war es vielleicht durch eine Reihe von Jahren der Schiedsrichter der südslawischen Welt¹⁾.

In dieser selbstverschuldeten Verlegenheit zeigte die deutsche Regierung Iswolskij einen Ausweg. Die Feinde Deutschlands haben die Fabel einer von Berlin ausgegangenen schweren Bedrohung Rußlands in die Welt gesetzt; in Wahrheit aber vollzog sich die Wendung in freundschaftlichen, das Petersburger Kabinett schonenden Formen. Am 14. März hatte Fürst von Bülow mit dem russischen Botschafter, Grafen Osten-Sacken, eine ausführliche verbindlich geführte Unterredung. Der Reichskanzler machte den Vorschlag, Rußland selbst möge es übernehmen, auf Serbien einzuwirken, so daß die Ehren des Ausgleiches gewissermaßen dem Petersburger Kabinett zufallen würden. Osterreich-Ungarn aber sei durch ein bestimmtes Zugeständnis von dem Einmarsche in Serbien abzuhalten. Dieses hätte darin zu bestehen, daß die Mächte der Annexion Bosniens durch amtliche Erklärungen zustimmten, so daß eine europäische Konferenz überhaupt nicht stattfinden müsse²⁾. Auf diese Art ließe sich der übermäßig aufgebauschte Streitfall kurzerhand erledigen. Bülow bedang sich nur aus, daß Iswolskij der englischen Regierung nicht früher eine Mitteilung über den Vorschlag mache, bevor das Petersburger Kabinett eine Entscheidung getroffen habe, denn sonst drohte alles in die Brüche zu gehen³⁾.

¹⁾ In diesen bewegten Tagen stellte Lehrenthal dem Verfasser des vorliegenden Werkes die Tatsachen und die Schriftstücke zur Verfügung, die in dessen Aufsatz „Osterreich-Ungarn und Serbien“ am 25. März 1909 durch die „Neue Freie Presse“ zur öffentlichen Kenntnis gebracht wurden.

²⁾ In England herrschte die Meinung, der Vorschlag gehe von Wien aus. Vgl. den Bericht des russischen Geschäftsträgers in London an Iswolskij d. d. 6./19. März 1909; Siebert, *Diplomatische Aktenstücke*, S. 102.

³⁾ In einem Erlasse des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Petersburg vom 14. März 1909 heißt es: „Dem Grafen Osten-Sacken habe ich zur Sache selbst gesagt, wir wären zu freundschaftlicher Vermittlung bereit, falls Rußland Serbien tatsächlich und ernstlich zur Ruhe bringen wolle. Wir müßten, falls wir darüber keine bündige Zusicherung hätten, unserem Bundesgenossen überlassen, in der ihm geeigneten Weise vorzugehen. Sollte aber Rußland ernstlich gewillt sein, Serbien zur Ruhe zu bringen, würden wir bereit sein, mit Herrn Iswolskij in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch darüber einzutreten, wie ein energisches Vorgehen Rußlands in Belgrad ermöglicht werden könnte, ohne daß Herr Iswolskij mit seiner bisherigen Politik in Widerspruch gerate.“ Aus diesem Schriftstücke geht hervor, daß Rußland in keiner Weise bedroht wurde. In gleichem Sinne berichtet Schöen, „Erlebtes“, S. 79.

Der Entschluß muß dem russischen Minister schwere innere Kämpfe gekostet haben. Auf der einen Seite der drohende militärische Triumph Österreich-Ungarns, auf der anderen der Bankerott seiner eigenen Staatskunst. Wenn nicht einmal eine Konferenz einberufen wurde, wenn Aehrenthal auch ohne sie zum Ziel gelangte, so war Iswolstij aufs äußerste bloßgestellt. Es war aber schon ein Vorzeichen friedlichen Austrages, daß der russische Minister vor dem britischen Botschafter Schweigen bewahrte und die Sache bloß mit sich selbst erwog. Endlich nach einwöchentlichem Schwanken siegte bei ihm der Entschluß, das persönliche Opfer zu bringen, um Rußland neue schwere Verwicklungen zu ersparen. Am 24. März traf die vorbehaltlose Zustimmung Rußlands zur Annexion Bosniens in Berlin und in Wien ein. Erst dann wurde Nicolson, der aus seinem argen Verdrusse kein Hehl machte, verständigt.

So ritt Iswolstij spornstreichs vom diplomatischen Kriegsschauplatz davon, begleitet von Frankreich, das sich klugerweise jedes unfreundlichen Wortes gegen Österreich enthalten hatte, mithin nicht in die Niederlage verwickelt war. Jetzt blieb nur noch England neben Serbien zurück. Nicolson deutete in Petersburg an, daß Grey nicht nachgeben werde, und dies scheint einige Tage auch dessen Absicht gewesen zu sein. Mindestens wollte er der serbischen Regierung einen geordneten Rückzug ermöglichen¹⁾. Schon am 19. März hatte er dem Wiener Kabinett den Entwurf einer Erklärung vorgelegt, welche Serbien den Mächten abgeben könnte. Das genügte Aehrenthal nicht, und er forderte zum letzten Male, die serbische Regierung habe in Wien die Zustimmung zur Annexion und die Zusage der Entlassung der Reserven auszusprechen. Denn es war doch zu stark, daß Serbien noch immer darauf beharrte, es verhandle mit Österreich-Ungarn überhaupt nicht über die Annexion. Als Grey darauf doch noch bessere Bedingungen erzielen wollte, ließ ihn Aehrenthal am 26. März kurzerhand wissen, er könne nur bis zum 28. warten, den Tag darauf werde Österreich-Ungarn in Belgrad ein Ultimatum stellen und seine Truppen in Serbien einrücken lassen. Die englische Regierung war schon früher vom britischen Botschafter in Wien, Cartwright, aufmerksam gemacht worden, daß Aehrenthal in seinem Entschlusse unerschütterlich sei; Cartwright mahnte Grey dringend, nicht länger mit dem Nachgeben zu

¹⁾ In diesem Sinne lauten die Berichte des russischen Botschafters in London; vgl. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 100 ff.

säumen, um Serbien den Krieg und eine Niederlage zu ersparen¹⁾. So blieb dem Londoner Kabinett nichts übrig, als dem von Rußland gegebenen Beispiel zu folgen, und am 28. März — ohne die Formalität einer Konferenz — gleichfalls dem Verlangen Österreich-Ungarns zu willfahren. Ebenso willigten die anderen Signatarmächte der Berliner Kongreßakte in die Aufhebung des Artikels XXV ein. Gleichzeitig drangen sie insgesamt in Serbien, nachzugeben; dem Belgrader Kabinett, das von der ganzen Welt im Stiche gelassen war, blieb nichts übrig als zu tun, was man von ihm verlangte (31. März). Am Tage darauf wurden die serbischen Reservemänner in ihre Heimat entlassen. Ebenso fügte sich Montenegro, dem wenigstens die Genugtuung wurde, daß Österreich-Ungarn seinerseits auf den Artikel XXIX des Berliner Vertrages, also auf die Eisenbahnhöheit und die Hafenspolizei über Montenegro, verzichtete, wobei Österreich nur durchsetzte, daß Antivari nicht zu einem Seehafen ausgebaut werden sollte.

So hatte sich der feste Wille des österreichischen Ministers durchgesetzt; es kam zuletzt genau so, wie von ihm geplant worden war. Wenn auf der Gegenseite bloß mit diplomatischen Notizen und Zeitungsartikeln gearbeitet wird, während der Hauptträger der Handlung zum Zuschlagen entschlossen ist, so ergibt sich der Ausgang von selbst. Es war vor ihrem Zusammenbruche der letzte große Erfolg der österreichisch-ungarischen Monarchie, der die Freunde wie die Feinde nicht das Zeugnis versagen konnten, sie habe ihre Stellung als Großmacht behauptet und befestigt.

*

Die Beziehungen der Großmächte 1909

Aehrenthal war von dem Ausgang der Krise sehr befriedigt und sagte am Abend der Unterwerfung Serbiens zu dem Leiter der Presse-

¹⁾ Vgl. auch Siebert, l. c. S. 108; der russische Geschäftsträger in London meldet Iswolstij, Cartwright habe telegraphiert, Aehrenthal bitte die englische Regierung inständigst, von Entgegnungen auf seine Redaktion der serbischen Note abzusehen, da er von Iswolstij schon die Zusicherung habe, Rußland nehme jeden Text an, der zwischen Wien und London vereinbart werden wird.

abteilung seines Ministeriums, Emil von Fettel: „Ich freue mich über diese Wendung, denn — abgesehen von den Schwierigkeiten und Opfern eines Feldzuges — wäre das Ende doch gewesen, daß wir nach der Eroberung Serbiens das Land wieder hätten räumen müssen.“ Er hatte dabei wohl auch im Auge, daß im Falle der Ausdehnung Österreich-Ungarns, Italien nach Artikel VII des Dreibundvertrages das Recht auf Landerwerbungen auf der Balkanhalbinsel hatte, und dazu wollte Lehrenthal es nicht kommen lassen. Ebenso nahm er Rücksicht auf Bulgarien, mit dessen Herrscher er in arge Weiterungen geraten war. Er begnügte sich mit seinem Erfolge; wenn man ihm vorhielt, der Verzicht auf den Sandschal sei überflüssig gewesen, erwiderte er, für die Monarchie empfehle sich eine Politik der Sammlung. Darin wie im früheren Verlauf der Krise fand er die Zustimmung des Kaisers, der ihn am 17. August 1909 in den Grafenstand erhob.

Gerne würde Lehrenthal darauf Serbien in ein besseres handelspolitisches Verhältnis zur Monarchie gebracht haben, um auch diese Quelle des Streites zu verstopfen. Voraussetzung dafür wäre die Öffnung der Grenzen der Monarchie für serbisches Vieh gewesen, dessen Ausschluß von den Ungarn und Österreich durchgesetzt worden war. Westlich von der Leitha ließ sich der Widerstand leichter überwinden, die ungarischen Viehzüchter aber beharrten starrsinnig auf ihrem Vorteil. Nach vieler Mühe gelangte man 1911 zu einem Handelsvertrag. Lebend Vieh wurde zwar noch immer nicht über die Grenzen der Monarchie gelassen, unter dem Vorwand drohender Einschleppung von Seuchen. Indessen räumte Österreich-Ungarn dem Nachbar das Recht zur Einfuhr einer bestimmten Menge von Fleisch vorher geschlachteter Rinder und Schweine ein, wodurch wenigstens den lebhaftesten Beschwerden Raum gegeben war; auf der anderen Seite hob Serbien die Sperre gegen die gewerblichen Erzeugnisse aus dem Donaureiche auf. Selbst dieser bedächtige Ausgleich begegnete in Ungarn lebhaftem Widerstand, besonders beim Ackerbauminister Daranyi, der darob die Entlassung nahm. So schwer konnten die Gebote einer vernünftigen äußeren Politik gegen den Eigennuß der ungarischen Grundbesitzer zur Geltung gebracht werden.

Nun hieße es die Verhältnisse verkennen, wenn man annehmen wollte, der Haß Serbiens gegen Österreich-Ungarn hätte sich durch eine andere Handelspolitik beschwichtigen lassen können. Naive Gemüter übersahen, daß der Gegensatz politischer Natur unüberbrückbar

war; die großserbischen Ansprüche wären durch die handelspolitische Öffnung der Grenzen der Monarchie nicht geringer geworden. Das aber ist keine Entschuldigung für die vom ungarischen Grundadel begangenen Fehler, durch welche der serbische Bauer mit Erbitterung gegen die Monarchie erfüllt wurde. Politische Torheiten sind als solche zu kennzeichnen, ob sie nun das Verderben hervorgerufen haben oder nur Begleiterscheinungen waren. Für den großen Gang der Dinge freilich war der Handelskrieg nicht von entscheidender Wichtigkeit; so oder so hätten sich die Völkerschaften nördlich oder südlich von der Save in die Flamme des Weltbrandes gestürzt.

Während nun Österreich-Ungarn aus der bosnischen Krise nicht ohne Einbußen hervorging, worunter die Entfremdung Rußlands an erster Linie stand, war der von Deutschland 1909 errungene Erfolg völlig ungetrübt. Bülow verstand es sogar, mit Iswolskij auf fast freundschaftlichem Fuße zu bleiben. In dem Duell mit England war das Deutsche Reich bisher im Nachteil gewesen, weil es sich immer um Flotten- und Kolonialangelegenheiten gehandelt hatte, und hier war Albion der stärkere Teil. Der serbisch-bosnische Streit dagegen spielte sich auf dem Festland ab, so daß das Deutsche Reich die ihm eigene Macht einsetzen konnte. An dem Damme des österreichisch-deutschen Bündnisses brachen sich die von Ost und West heranbrausenden Wogen. Fürst von Bülow ließ sich auf seinem Wege auch nicht durch die Warnungen irre machen, die ihm von den Gegnern Uehrenthals aus Wien zukamen: eines Tages könnte der vielangeseindete Minister fallen gelassen werden, so daß Deutschland zuviel wage, indem es alles auf diese eine Karte setze. Der Reichskanzler vertraute darauf, der Kaiser von Österreich werde bei dem Angriffe auf die Ehre seines Reiches fest bleiben, eine Annahme, die sich als richtig erwies. Treffend sagte er am 29. März 1909 im Reichstage: „Wäre Österreich dem auf ihn geübten Drucke unterlegen, so würden wir uns sehr bald, und dann ohne Österreich-Ungarn, derselben Mächtegruppierung gegenüber gesehen haben, der Österreich-Ungarn hätte weichen müssen.“ Und noch eindrucksvoller waren die folgenden Worte in derselben Rede: „Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig! Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenliede; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnisse zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten.“

Das von Bülow gebrauchte Gleichnis deckte sich mit der Wirklichkeit des Verhältnisses Deutschlands zu Österreich-Ungarn. Im Jahre vorher, am 7. Mai 1908, erschienen zur Vorfeier des 60. Jahrestages der Thronbesteigung Franz Josefs der Deutsche Kaiser und mit ihm sämtliche Fürsten Deutschlands wie die Bürgermeister der Freien Städte in der Wiener Hofburg, um dem greisen Herrscher ihre Glückwünsche darzubringen. Es war eine Huldigung seltener Art, wie sie vor 1866 nicht möglich gewesen wäre. Die Versicherung unverbrüchlicher Freundschaft wurde während der Annexionskrise treulich eingehalten. Als das serbisch-bosnische Ungewitter sich verzogen hatte, kam Kaiser Wilhelm am 13. Mai 1909 wieder nach Wien; in herzlichen Trinksprüchen erneuerten die zwei Herrscher das Gelöbniß der Treue, und kaum zuvor wurde ein fremder Monarch vom Wiener Volk so warm begrüßt wie diesmal Kaiser Wilhelm.

Die Engländer hatten eine lebhaft empfundene diplomatische Niederlage. Einer der besten Kenner der äußeren Politik, Sir Charles Dilke, bekämpfte im Parlament das Verfahren Grey's mit triftigen Gründen. Er fand, daß Österreich-Ungarn den Berliner Vertrag nur in der Form, nicht in der Sache verletzt habe; Serbien sei überflüssigerweise in eine schwierige Lage gebracht und der Bund der zwei Kaisermächte gegen die Absicht Grey's zusammengeschweißt worden. Das alles hätte man sich ersparen können. Grey verteidigte sich gegen diesen Angriff am 22. Juli 1909 ausführlich im Unterhause, wobei sich seine üble Laune über Österreich-Ungarn ergoß. Er sprach als Wächter der von dieser Macht verletzten Moral und hielt ihr ein ganzes Sündenregister vor, was aber den Eindruck verfehlte, da er selbst doch schon Ende März dem Verbrecher die Absolution hatte geben müssen.

Indessen war Grey während der Krise immer in gemessener Haltung geblieben und hatte sich nicht persönlich bloßgestellt. Dagegen stand der britische Botschafter in Petersburg, Nicolson, immer im Gefechte voran. Noch während der allerletzten Wendung gab er sich Mühe, Iswolskij den Nacken zu steifen, ohne aber dessen Zusammenknicken verhindern zu können. Anfang März 1909 brachte die deutsche Regierung in London gegen ihn die Beschwerde vor, er verschärfe durch seine Ratschläge den russisch-österreichischen Gegensatz. Von Grey zur Außerung aufgefordert, stellte er dies am 9. März in Abrede; er habe der russischen Regierung nie geraten, „eine Richtung einzuschlagen, die

die Kluft zwischen ihr und Wien erweitern könnte“. Das war, wie die Botschafter Deutschlands und Österreich-Ungarns, Pourtales und Berchtold, ihren Regierungen berichteten, eine Unwahrheit. Pourtales meldete am 1. April 1909, befreundete Diplomaten hätten ihm die Art, wie Nicolson sich über die serbischen Ansprüche äußerte, „direkt als heherisch“ gekennzeichnet. Von der englischen Botschaft würden Gerüchte ausgesprengt, Rußland sei nur zurückgewichen, weil es von Deutschland mit Krieg bedroht worden wäre; englische Diplomaten äußerten sich, Deutschland habe mit dem Kürassierstiefel aufgestampft, mit der Mobilmachung an seiner Ostgrenze gedroht. Für Pourtales war ein Gespräch belehrend, das er mit dem französischen Botschafter, dem alten, loyalen, vornehm gesinnten Admiral Touchard, hatte. Darüber teilte er in dem oben erwähnten Briefe mit:

„Ich bemerkte, was mich besonders bei dieser Lösung freue, sei, daß sie auf dem Wege einer freundschaftlichen Aussprache mit dem Petersburger Kabinett herbeigeführt worden sei. Der Admiral sah mich bei diesen Worten höchst erstaunt, halb ungläubig an und erwiderte, man erzähle sich aber doch von einem sehr heftigen Austritt, der an dem gewissen Abend zwischen dem deutschen Botschafter und Minister Iswolskij stattgefunden habe. Ich erkannte sofort, daß diese Information auf meinen englischen Kollegen zurückzuführen sei und erzählte darauf dem Admiral lachend, daß ich die Geschichte von dem heftigen Zusammenstoß mit Iswolskij schon in den verschiedensten Versionen gehört hätte. Ich könne ihm versichern, und Iswolskij werde es ihm bestätigen können, daß an der ganzen Geschichte nicht ein wahres Wort sei, daß vielmehr meine letzten Verhandlungen mit dem Minister fortwährend im freundschaftlichsten Ton geführt worden seien. Es ist deutlich zu erkennen, daß Sir Arthur Nicolson, verstimmt über die durch unsere Aktion erfolgte Lösung der bosnischen Krise, nunmehr aufs eifrigste bemüht ist, die Legende von der deutschen Drohung zu verbreiten und dadurch die deutsch-russischen Beziehungen zu vergiften. Er hofft, auf diese Weise zu erreichen, daß die überstandene bosnische Krisis bei Rußland wenigstens einen tiefen Groll gegen Deutschland hinterlasse 1).“

1) Im Mai 1916 entspann sich über diese Vorgänge ein Streit, an dem sich Bethmann Hollweg durch ein im New-Yorker Herald veröffentlichtes Gespräch, Grey durch eine Unterhausrede (24. Mai), Eliza durch eine Parlamentsrede (14. Juni) beteiligten. Die Berichte des Grafen Pourtales wurden in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 24. Mai 1916 veröffentlicht.

Es war ein schlimmes Vorzeichen, daß gerade Nicolson im Jahre 1910 an Stelle Hardinges zum ständigen Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußeren ausersehen wurde. Während Hardinge mäßigend gewirkt hatte, brachte sein Nachfolger seinen Groll gegen Deutschland ins Amt mit. Nicolson und Iswolskij arbeiteten sich bis zum Weltkrieg verständnisvoll in die Hände.

König Eduard und Nicolson hatten während der bosnischen Krise zum Sturme gegen die zwei mitteleuropäischen Reiche geblasen. Grey war ihnen jedoch bloß bis zu einem gewissen Punkte gefolgt. Nur der Anfang des Gefechts, das Kesseltreiben gegen Österreich im Oktober 1908, war geschickt angelegt. Da Grey es aber nicht zum Bruche zu treiben gedachte, so hätte er unmittelbar nach dem österreichisch-türkischen Vertrage vom 26. Februar 1909 erklären sollen: Nun ist der Moral Genüge geschehen und wir machen in Europa Ordnung. Statt dessen wurden die zwei südslawischen Staaten von Petersburg noch weiterhin aufgestachelt und blieben mit stumpfen Zähnen Österreich-Ungarn an der Kehle, bis dieses sie mit einem kräftigen Ruck abschüttelte¹⁾.

*

E r g e b n i s s e

Erst seit der Annexion Bosniens war die Teilung Europas in zwei feindliche Heerlager vollzogen, die Zerrissenheit des Weltteils unheilbar. Denn in diesem Zeitpunkte brach Rußland, das sich früher noch nicht endgültig für das englisch-französische System entschieden hatte, seine freundschaftlichen Verbindungen mit Österreich-Ungarn ab und kehrte allgemach auch Deutschland den Rücken. Mit Freuden streckte Britannien dem wieder- oder neugewonnenen russischen Freunde die Arme entgegen und nahm auch Serbien in den Verein auf. Aber

¹⁾ Das war auch die Auffassung des belgischen Gesandten in Berlin, Baron Greindls, der am 3. August 1909 nach Brüssel über den Anmut der Feinde Deutschlands schrieb: „Der Groll ist die Folge der Enttäuschung darüber, daß die vom König von England konstruierte Maschine . . . versagte, als man sie in dem österreichisch-serbischen Konflikt benutzen wollte; das heißt beim ersten Versuch.“

haupt erkannten die Engländer erst seit 1908, daß die Südslawen ein wichtiger Stein im Spiele gegen das germanische Mitteleuropa waren und wußten ihn an die richtige Stelle zu schieben. Freudig fügte sich Serbien als Glied in die Organisation der Randmächte gegen die zwei Kaiserreiche ein und setzte die Aufstachelung der Südslawen der Monarchie zum Abfall vom Hause Habsburg in verstärktem Maße fort. Damit schloß sich der unter Eduard VII. um Mitteleuropa gezogene Ring. Zu ruhigem Atmen und Arbeiten ist der Weltteil seitdem nicht mehr gekommen.

In Vorahnung des Kommenden erhob sich gegen Aehrenthals Politik der Tadel seiner einheimischen Gegner, und zwar von zwei verschiedenen Seiten her. Die einen schoben ihm die Schuld an dem Bruche mit Rußland zu, wobei sie jedoch außer acht ließen, daß dazu mehr die Untreue Iswolstkijs, als Aehrenthals Ungestüm beigetragen hatte. Es war aber richtig, daß dieser durch unbezähmbaren Stolz die Klust noch vertiefte.

Auf der anderen Seite fanden es die österreichischen Fürsprecher kühnen Durchgreifens unbegreiflich, daß der Minister des Außeren, vor dem Schlage gegen Serbien, zurückgescheut hatte. Conrad von Höhendorn hat ihm dies nie verziehen. Da die Wunde einmal aufgebrochen war, mußte sie nach der Ansicht des Generalstabchefs mit Feuer und Eisen behandelt werden. Auf die militärische Wehrlosigkeit Rußlands hinweisend, sah er auch dem Zusammenstoße mit diesem Reiche ohne Zagen entgegen; jetzt oder nie sei es Zeit zur Abrechnung.

Der Meinungsaustrausch Conrads und Aehrenthals über den Gegenstand erweckt durch das Vorwegnehmen der Gründe für und gegen eine Waffenentscheidung hohes Interesse¹⁾. Am 6. April, eine Woche nach der friedlichen Lösung, überreichte der Generalstabchef dem Kaiser eine Denkschrift, in der er seinen Tadel der Friedenspolitik ausführlich begründete. Nicht ein wirklicher, nur ein Scheinerfolg sei erzielt worden. Man täusche sich damit über den Ernst der Lage hinweg und verkenne, daß die Monarchie nur hingehalten worden sei, um später mit Macht angefallen zu werden. Jetzt stünden Serbien und Montenegro noch allein, denn Rußland sei nicht gerüstet, Italien könne nicht plötzlich aus der Rolle fallen, Deutschland hätte unentwegt

¹⁾ Vgl. A. F. Pribram, Der Konflikt Conrad-Aehrenthal (Österreichische Rundschau 1920, Augustheft). Aber die Konflikt im Jahre 1907 vgl. jetzt Conrad von Höhendorn, „Aus meiner Dienstzeit“, 1922, Bd. I, S. 63 ff. und 503 ff.

zu Österreich gehalten. Jetzt hätten die zwei südslawischen Staaten entwaffnet werden können, während sie in einem allgemeinen Kriege 250 000 Serben und 40 000 Montenegriner stellen würden, was Österreich-Ungarn durch die Einverleibung der zwei Staaten verhindern sollte. Das Einlenken des Wiener Kabinetts werde sich im Innern der Monarchie als schädlich erweisen, noch mehr durch die Einbuße militärischer Geltung auf der Balkanhalbinsel. Da die Gelegenheit verfäunt worden wäre, würden sich die Feinde im Südosten fallweise jedem die Monarchie bedrohenden Bunde anschließen. Österreich-Ungarn werde eines Tages von allen ungünstigen Nachbarn angegriffen werden und sich ihrer vereinigten Macht nicht erwehren können. Auf diese Vorwürfe erwiderte Aehrenthal zunächst gemessen, darauf hinweisend, es wäre ein Irrtum Conrads, anzunehmen, Frankreich und England würden ruhig zusehen, wenn Österreich-Ungarn die Slawen demütigte, auch müßte er einen Vorbeugungskrieg unbedingt verwerfen. Als aber der Generalstabschef sich nicht beruhigte und dem mit Aehrenthal übereinstimmenden Kriegsminister Schönauich schrieb, die Monarchie dürfe nicht warten, bis ihr ein Krieg aufgedrängt werde, sondern solle ihn in dem für sie günstigen Zeitpunkte führen, wandte sich der Minister des Aeußeren in einer dem Kaiser am 15. August überreichten Denkschrift mit Nachdruck gegen die Einmischung Conrads in die ihm ferner liegenden auswärtigen Angelegenheiten. Er legte dar, daß eine dauernde Festsetzung Österreichs in Serbien, angesichts des Widerstandes nahezu aller Großmächte, unmöglich gewesen wäre. Er lehnte eine imperialistische Politik auf dem Balkan — dies seine eigenen Worte — bestimmt ab, gegen diesen Imperialismus würden sich Italien und selbst die Türkei mit den Gegnern der Mittelmächte verbinden. Ihm aber schwebte ein anderes Ziel vor: die Wiederherstellung des Einverständnisses mit Rußland. Damals gab sich der Minister noch der Hoffnung auf einen derartigen Ausgleich hin; er ging dabei von der Annahme aus, Rußland werde noch durch Jahrzehnte militärisch geschwächt sein und so lange den damaligen Besitzstand auf der Balkanhalbinsel nicht stören wollen. In diesem Punkte hat Conrad schärfer in die Zukunft gesehen, auch verkannte Aehrenthal, wie tief der Zar und die russische Nation durch seine bosnische Politik beleidigt worden waren.

Trotzdem wäre die Behauptung vorschnell, daß Österreich-Ungarn sich 1909 durch sofortiges Zuschlagen bessere Möglichkeiten für einen

Weltkrieg geschaffen hätte. Darüber geben die späteren Ereignisse Aufschluß. Selbst wenn Serbien niedergeworfen worden wäre, mußte Österreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel ansehnliche Truppenkörper bereithalten; fast ganz Europa, Italien eingeschlossen, hätten ihm die beträchtliche Ausdehnung mißgönnt und es Jahr um Jahr mit einer gewaltigen Koalition bedroht. Der Weltkrieg wäre aller Wahrscheinlichkeit nach früher ausgebrochen als 1914. Möge also, wer will, einen Tadel gegen Kaiser Franz Josef und Wilhelm, gegen Aehrenthal und Bülow aussprechen, weil sie einen Frieden in Ehren einem Kriege vorzogen: ein besonnenes Urteil wird sich dem nicht anschließen. Conrad aber war vom Gegenteil überzeugt, und erfüllte sich mit steigender Bitterkeit gegen den Minister des Äußeren, so daß ihr persönliches Verhältnis von jetzt ab dauernd gelöst blieb. Während und nach dem Weltkriege schob er ihm in schriftlichen wie in mündlichen Äußerungen die Schuld zu, daß Serbien nicht schon 1909 unschädlich gemacht worden war.

Unversöhnlich war der von Iswolskij gegen Aehrenthal gehegte Groll. Er verfolgte den österreichischen Minister bis über dessen Grab hinaus mit seinem Hasse; es war eines seiner Lieblingsgespräche, ihn als Urheber des wachsenden europäischen Zwiespalts hinzustellen und während des Weltkrieges bezeichnete er, seit September 1910 Botschafter in Paris, die Politik Aehrenthals als die Urheberin des herein gebrochenen Verderbens. Die neutralen Diplomaten wichen in den Unterredungen mit Iswolskij dem Gegenstande womöglich aus, da er dieselben Vorwürfe fast immer mit demselben Ausdrucke wiederholte. Während des Restes seiner Ministerschaft tat er alles, um den Spalt zwischen Petersburg und Wien zu vertiefen; unermüdlich stellte er Nikolaus II. vor, nicht er, der Minister allein, sei von Aehrenthal hintergangen worden, sondern auch der Zar und Rußland, und damit beschönigte er seine diplomatische Niederlage. Überall in Europa warb er um Bundesgenossen gegen Österreich-Ungarn, zunächst in Rom, wo man seine Eröffnungen freudig entgegennahm. Bisher hatte der Zar den ihm vom König Viktor Emanuel gemachten Besuch nicht erwidert, weil die Drohungen der italienischen Sozialisten gegen seine Person ihn abschreckten. Jetzt gelang es dem römischen Kabinett seine Bedenken zu beschwichtigen, so daß er sich im Oktober 1909 auf den Weg machte. Um dabei Österreich-Ungarn sein Mißfallen kundzugeben, wich er dessen Grenzen in einem großen Bogen aus, fuhr von Odessa zu

Schiff nach Italien und kehrte, ohne Österreich zu berühren, auf einem Umwege über Frankreich und Deutschland nach Hause zurück. Zu Racconigi fand am 24. Oktober 1909 seine Zusammenkunft mit Viktor Emanuel statt, die zu einem bedeutsamen Abkommen führte. Nach dessen bisher bekanntgewordenem Inhalt verpflichteten sich die zwei Mächte zu einer wohlwollenden Haltung, wenn Rußland die Meerengenfrage aufwerfen und wenn Italien nach Tripolis und der Kyrenaika greifen sollte¹⁾. Seitdem sind die neuen Freunde stets in gutem Einvernehmen geblieben. Gefährlicher für die Mittelmächte war die enge Vereinbarung, die Rußland gleichzeitig mit Bulgarien schloß. Im Februar 1909, gelegentlich der Anwesenheit König Ferdinands in Petersburg, war vorgearbeitet worden; dann glaubte sich dieser von Lehrenthal persönlich beleidigt und warf sich in seiner Gereiztheit in eine Österreich durchaus feindselige Politik. Keine Handlung der Regierung Ferdinands zeugt deutlicher für seine launenhafte Unberechenbarkeit als der im Dezember 1909 zwischen Rußland und Bulgarien geschlossene Geheimvertrag²⁾. Er war nicht bloß gegen die Donaumonarchie, sondern auch gegen Deutschland gerichtet. Der Inhalt dieses Geheimvertrages soll genauer bei den Vorbereitungen für den ersten Balkankrieg zur Sprache kommen. Das stärkste an Feindseligkeit gegen die Mittelmächte enthielt der fünfte Artikel, wenn er auch nur von den zu leistenden wechselseitigen diplomatischen Diensten handelte, denn er stellte fest, „daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahe stehen, nur nach einem günstigen Ausgange des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich-Ungarn möglich ist“.

Hier stößt man in einem amtlichen Schriftstücke der Petersburger Regierung zum ersten Male auf den Vorsatz, sich zum Vollstrecker des panslawistischen Ideals zu machen und zu diesem Behufe Deutschland niederzuringen. Iswolkskijs Stellung in der europäischen Geschichte ist damit ebenso gekennzeichnet wie des Bulgarenkönigs Charakter, der innerhalb kurzer Zeit von der Freundschaft mit Österreich zur Haßpolitik gegen diese Macht wie gegen die deutsche Nation und bald wieder zum Waffenbündnis mit Mitteleuropa übersprang.

¹⁾ So nach der von der deutschen Regierung veranlaßten Veröffentlichung „Deutschland schuldig?“, Berlin 1919, S. 189.

²⁾ Wiedergegeben in den „Dokumenten aus russischen Geheimarchiven“, Berlin 1918, S. 27, und bei M. Boghitschewitsch „Kriegsursachen“, S. 115—121.

Iswolstij verhüllte seine Anschläge dieser Art, die erst in einer ferneren Zukunft reifen konnten, hinter in Berlin abgegebenen freundschaftlichen Versicherungen, mit denen der Zar noch freigebiger war. Die Begegnung des deutschen und des russischen Kaisers, die am 17. und 18. Juli 1909 in den Finnischen Schären stattfand, verlief in den herkömmlichen guten Formen. Als Bülow im Juli 1909 vom Amte zurücktrat, ließ Iswolstij ihm seinen Dank für die Dienste aussprechen, die der Kanzler ihm am Schlusse der bosnischen Krise erwiesen hatte. Zwischen Wien und Petersburg dagegen ging es so steif zu, daß selbst unaufschiebbare Geschäfte sich schwer erledigen ließen. Das war aber für beide Teile unbequem, da über politische und wirtschaftliche Angelegenheiten fortlaufend zu sprechen war. Infolgedessen tauschten die beiden Regierungen am 20. März 1910 Erklärungen aus, in denen sie, wenn auch in gewundener und schwerfälliger Form, der verletzten Ehre des anderen Teils Genüge taten und den unterbrochenen Verkehr wieder aufnahmen. An der gegenseitigen tiefen Verstimmung änderte dies nichts, wenigstens solange Iswolstij (bis zum 28. September 1910) die auswärtigen Angelegenheiten leitete.

Am Schlusse der bosnischen Krise war Serbien zu wenig gedemütigt, Rußland aber, wenn man sich so ausdrücken darf, zu stark. Dabei ist nicht zu hoch anzuschlagen, daß das slawische Gesamtgefühl der Russen sich gegen die Annexion Bosniens empört hatte. Was die Regierung des Zaren betrifft, so war sie ebenso bereit, Serbien zu benutzen wie es preiszugeben. Im Volke selbst waren die panslawistischen Neigungen nur in der dünnen Ober- und Mittelschicht verbreitet, die, wie die Vorgeschichte des Krieges mit Japan bewies, erwünschten Falles beiseite geschoben werden konnten. Die Irrwischnpolitik Iswolstij's in der bosnischen Frage, seine in Buchlau geführten Reden lassen darauf schließen, daß auch er dem Panslawismus keine maßgebende Bedeutung zuschrieb. Mag man darüber auch verschiedener Meinung sein, so ist doch jedenfalls das russische Ehr- und Machtgefühl, von dem die ganze Nation von oben bis unten durchdrungen war, der stärkste Antrieb gewesen, um das Zarenreich mit Haß und Zorn gegen Osterreich-Ungarn und in zweiter Linie auch gegen dessen Bundesgenossen zu erfüllen. Gerade ein Schwächling wie Nikolaus II. konnte sich dieser Strömung nicht entziehen. Da der Despotismus dem Volke so viele Güter versagte, mußte er es wenigstens mit den nationalen Ehrenfragen ernst nehmen. An dieser empfindlichen Stelle war der

Zar ebenso tief getroffen worden wie sein Volk. Wäre die Demütigung wenigstens von einer militärisch furchtbaren Macht zugefügt worden! Aber das Petersburger Kabinett konnte sich nicht einmal darauf berufen, es sei vom „preußischen Kürassierstiefel“ niedergestampft worden; bei den Wissenden würde eine solche Behauptung Heiterkeit erweckt haben. Nein, das gewaltige Rußland war vor dem geringgeschätzten Osterreich-Ungarn zurückgewichen, und der Groll darüber bohrte sich tief in die Seele des Volkes wie der Staatslenker. Es war überhaupt zum Verzweifeln, daß die russische Diplomatie sich immer wieder an den von Osterreich-Ungarn gezogenen Schranken wundstieß. Diese Erfahrung war schon im Krimkrieg gemacht worden, dann hatte Andrassy im Verein mit Disraeli 1878 den bis an die Tore Konstantinopels gerückten russischen Heeren Einhalt im Vormarsche geboten. Später ging es ebenso schlimm, denn Kálnoky schloß 1887 den Strauß um Bulgarien siegreich durch und verschaffte dem Koburger die anfangs von Rußland verweigerte Anerkennung. Uehrenthal war der vierte der Minister Kaiser Franz Josefs, die den russischen Nebenbuhler aus dem Sattel hoben. Das angeblich bis ins Mark faule Osterreich war ein diplomatisch unüberwindliches Hemmnis, allerdings nur dadurch, daß ihm Deutschland seine starke Unterstützung lieh. Im Frieden war gegen dieses Bollwerk nichts auszurichten, es mußte also einmal mit den Waffen zerschlagen werden. Das war die die oberen Schichten beherrschende Empfindung, mit der sich alle die Vorstellungen verbanden, die aus religiös-orthodoxen wie aus allslawischen Nebenquellen zufließen. Wohl setzten sich dem Strome auch Dämme entgegen, so der in den Massen lebende Drang nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, so das Bewußtsein der im Kriege mit Japan erwiesenen militärischen Mängel. Das waren die Kräfte und die Hemmungen, welche Rußlands Verhältnis zu Großbritannien bestimmten, bis der Zar und seine Ratgeber sich aufs engste mit dieser Macht verbanden zu ihrem eigenen Verderben wie zum Unheil für die zwei Kaiserreiche.